

ARBEITSMARKT OHNE SCHRANKEN

Überwindet Bildung alle Grenzen?

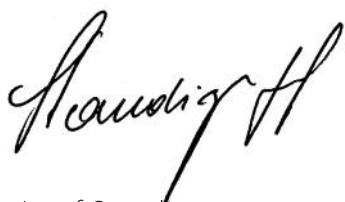
Sehr geehrte Damen und Herren,
werte Gäste des III. Dialogforum Hirschwang!

„Arbeitsmarkt ohne Schranken – Überwindet Bildung alle Grenzen?": so lautet der provokante Titel zu einem brisanten gesellschaftspolitischen Thema – ein Thema, das das III. Dialogforum Hirschwang zu einem Zeitpunkt aufgriff, als die Erweiterung der EU und die damit verbundenen Bewegungen des Arbeitsmarktes in aller Munde war.

Lassen sich die Arbeitsmärkte überhaupt noch national steuern? Sind die Fakten, die wir alle zum österreichischen Arbeitsmarkt kennen, eine Realität oder ein mühsam aufrechterhaltener Mythos? Was sagt eine herausragende Schriftstellerin aus ihrer Perspektive heraus zu einem Leben im Geschwindigkeitsrausch, das nicht nur der Arbeitswelt den Boden unter den Füßen wegriißt? Diesen und noch ganz anderen Fragen und Antworten stellten sich in einem engagierten und durchaus auch kontroversen Dialog WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und KünstlerInnen: am Podium und im Publikum.

In diesem Tagungsband können Sie die anregenden Redebeiträge der Konferenz gezielt nachlesen. Die vollständige Dokumentation aller Präsentationen sowie eine ausgewählte Fotogalerie und einen pointierten Filmbeitrag, der das Gelesene und Gesehene mit informativen Bildern und Tonmitschnitten ergänzt, finden Sie unter www.dialog-forum.eu

Das Dialogforum Hirschwang wurde auf Initiative von AKNÖ und ÖGB gegründet und bietet Intellektuellen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen eine internationale Plattform für Gespräche, kritische Reflexionen und lösungsorientierte Dialoge. Wir danken allen, die durch ihre engagierte Teilnahme zu einem offenen Dialog beigetragen haben und laden Sie zum Besuch des IV. Dialogforum Hirschwang sehr herzlich ein!



Josef Staudinger
AKNÖ-Präsident



Mag. Helmut Guth
AKNÖ-Direktor

Impulsreferate

Begrüßung & Einleitung: *Josef STAUDINGER, Präsident der AKNÖ und Vorsitzender des ÖGB NÖ;
Mag. Helmut GUTH, Direktor der AKNÖ*

→ Von Macht & Ohnmacht der Politik in Zeiten der Globalisierung

Lassen sich die Arbeitsmärkte noch national steuern?

Eröffnungsvortrag: *Dr. Peter AUER, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktforschung der ILO, Genf*

Kritische Reflexion: *Marlene STREERUWITZ, Schriftstellerin und Regisseurin*

Kommentar: *Mag. Bernhard ACHTIZ, Leitender Sekretär des ÖGB für den Bereich Grundsatz;
Dr. Peter AUER, Leiter der Abteilung Arbeitsmarktforschung der ILO, Genf*

→ Realität oder Mythos? Fakten zum österreichischen Arbeitsmarkt

Impuls-Referat: *Dr. Christian OPERSCHALL, Bereichsstellvertreter der Sektion Arbeitsmarkt des BM für Wirtschaft und Arbeit*

→ Die Jagd nach der richtigen Bildung

Zur Bedeutung von Qualifikation und Bildung am Arbeitsmarkt

Impuls-Referat: *Univ.-Prof.ⁱⁿ Gudrun BIFFL, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung*

Kritische Reflexion: *Dr. Lorenz LASSNIG, Institut für Höhere Studien;*

Mag.^a Gabriele SCHMID, Leiterin der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

→ Hürdenlauf für Kolaric?

Arbeitsbedingungen von MigrantInnen und Strategien zu einer verbesserten Integration

Impuls-Referat: *Univ.-Prof. Heinz FASSMANN, Dekan der Fakultät für Geowissenschaften, Geographie & Astronomie der Uni Wien;*

Kritische Reflexion: *Mag.^a Julia BOCK-SCHAPPELWEIN, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung;*

Josef WALLNER, Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der AK Wien

Resümee und Ausblick: *Mag. Helmut GUTH, Direktor der AKNÖ*

Moderation: *Mag. Richard GRASL, Chefredakteur des ORF NÖ*

Inhalt

→ 05 AKNÖ-Präsident Josef STAUDINGER: Integration – Ein komplexes Thema mit Zukunft → 09 AKNÖ-Direktor Mag. Helmut GUTH: Hase und Igel im politischen Spiel → 13 Dr. Peter AUER: Lassen sich die Arbeitsmärkte noch national steuern? → 19 Marlene STREERUWITZ: critical studies of austrianness. → 25 Mag. Bernhard ACHITZ: 13 Thesen zum Arbeitsmarkt → 29 Dr. Christian OPERSCHALL: Realität oder Mythos? Fakten zum österreichischen Arbeitsmarkt → 33 Univ.-Prof. Gudrun BIFFL: Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht → 43 Dr. Lorenz LASSNIGG: Die Jagd ohne Grenzen...? → 49 Mag. Gabriele SCHMID: Die Jagd nach der richtigen Bildung → 53 Univ.-Prof. Heinz FASSMANN: Bildung, Zuwanderung, Eingliederung – Zehn Bemerkungen zu einer komplexen Materie → 59 Mag. Julia BOCK-SCHAPPELWEIN: Arbeitsbedingungen von MigrantInnen und Strategien zu einer verbesserten Integration → 63 Josef WALLNER: Integration, was ist das?

Integration: Ein komplexes Thema mit Zukunft

Ich möchte Sie alle ganz herzlich in unserem Haus am Fuße der Rax willkommen heißen. Es ist uns eine große Ehre, so hochkarätige Gäste bei uns begrüßen zu dürfen und Ihnen allen gleich zu Beginn ein großes Danke sagen, dass Sie zu uns gekommen sind. Gleichzeitig möchte ich auch meinem Stolz Ausdruck geben, dass das Dialogforum Hirschwang heuer bereits das dritte Mal stattfindet und mittlerweile zu einer Veranstaltung geworden ist, die in dieser Dimension des intellektuellen Diskurses einzigartig ist. Auch in Zukunft werden einmal jährlich AK und ÖGB zusammen mit Organisationen wie dem Wirtschaftsforschungsinstitut mit einzigartigen und weltweit anerkannten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern aus dem europäischen Raum in den Dialog treten und neue Ideen für die Zusammenarbeit entwickeln.

Geschätzte Gäste, wir haben mit dem Dialogforum Hirschwang eine Plattform gegründet, auf der ein permanenter Diskussionsprozess stattfinden soll. Vor uns liegen zwei Tage der wissenschaftlichen Superlative. Unter dem Titel „Arbeitsmarkt ohne Schranken“ wollen wir mit Ihnen gemeinsam arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitische Modelle für das 21. Jahrhundert aus allen Blickwinkeln beleuchten und diskutieren.

Der Titel der Enquete spiegelt bereits die Komplexität der Gegenwart wider: Ein Arbeitsmarkt ohne Schranken – was bedeutet das für den einzelnen Beschäftigten, was bedeutet das für die Interessenvertretungen und was schließlich bedeutet das für den Staat – der ja dennoch noch immer über Schranken – wenn auch in Form nationaler Gesetzgebung und nationaler kultureller Normen verfügt? Schranken – in welcher Form auch immer, bedeuten Trennlinien – und Trennlinien können nur mittels Partnerschaften, wenn alle Partner, vor und hinter der Trennlinie, das Gemeinsame vor das Trennende stellen, überwunden werden. Und jene Partnerschaft, die dazu am besten in der Lage ist, ist das österreichische Vorzeigemodell Sozialpartnerschaft.

Geschätzte Damen und Herren, lassen Sie mich zuerst eine kurze Bestandsaufnahme machen. Dazu gilt es, einige Aspekte genauer zu betrachten:

- Die Zuwanderung und Integration
- Der unregelmäßige Zustrom und die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen
- Die Rolle der Sozialpartner

Bereits 430.000 von 3,3 Millionen Beschäftigten in Österreich sind Ausländer. Das bedeutet einen starken Anstieg innerhalb der letzten

Jahre. ExpertInnen gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Was bedeutet das für den einzelnen: Wir wissen aus der Praxis unserer Arbeitsrechtsberatung, dass ausländische Arbeitskräfte die kürzesten Arbeitsverhältnisse haben, die schlechtesten Aufstiegschancen, die unsichersten und die gesundheitlich riskantesten Arbeitsplätze. Ein unregelmäßiger Zustrom an Arbeitskräften würde immer mehr Menschen in den Niedriglohnsektor drängen, dadurch würde eine weitere Nivellierung nach unten stattfinden. Und das würde nicht nur eine noch schlechtere Entlohnung bedeuten, sondern – und das ist meines Erachtens eine noch größere Gefahr – eine weitere Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, nicht nur im Bereich der Niedriglohnempfänger. Das mag kurzfristig für die Wirtschaft von Vorteil sein – Stichwort „Lohndumping“ und Aufweichung aller arbeits- und sozialrechtlichen Schutzmechanismen – auf lange Sicht gesehen kann dies jedoch auch eine gesellschaftspolitische Krise ungeahnten Ausmaßes bedeuten.

Werte Gäste, erlauben Sie mir einen Vergleich mit der Fussball-EM: Wenn wir die Europameisterschaft als schrankenlosen Arbeitsmarkt betrachten, auf dem so viele Nationen um ihr „Leiberl“ laufen, so unterliegen sie dennoch alle denselben Regeln. Nur so können Fouls geahndet werden, nur so kann ein fairer Wettbewerb stattfinden. Wie schaffen wir es also, auch ein Regelwerk für den globalisierten Arbeitsmarkt zu schaffen, das ebenfalls für alle die gleichen Chancen und damit Fairness herstellt?

Meiner Ansicht nach sind die Sozialpartner am besten geeignet. Alleine aus dem Verständnis der Geschichte Österreichs heraus sind die Sozialpartner diejenigen, die in der Lage sind, Fouls – um in der Fussballsprache zu bleiben – zu lokalisieren und Gegenmaßnahmen zu erarbeiten. Es waren die Sozialpartner, die als erstes den Begriff „Bildung“ als jenes Instrument identifiziert haben, mit der das Spannungsfeld – Beschäftigte mit migrantischem Hintergrund und inadäquate Arbeitsverhältnisse – abgebaut werden kann. Grundlegende Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang natürlich der Ausbildung junger Menschen zu. Und erinnern wir uns an ein Beispiel

aus der jüngsten Vergangenheit: Das Sozialpartnerpaket „Arbeitsmarkt 2010“ – diesem ist eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen enthalten.

Ein ganz wichtiger Punkt in dieser Diskussion ist natürlich auch die Sprache: das Beherrschen der deutschen Sprache ist für eine umfassende Integration auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Aus- und Weiterbildung brauchen eben eine solide Basis.

Und das ist letztlich die Aufgabe des Staates – wenn Sie sich erinnern – ich habe eingangs gefragt, was ein Arbeitsmarkt ohne Schranken für den Staat bedeutet. Und jetzt haben wir die Antwort: Der Staat hat dafür zu sorgen, dass eine umfassende Integration auf dem Arbeitsmarkt mit der entsprechenden Bildung für Beschäftigte mit Migrationshintergrund stattfinden kann. Mag es auch politisch nicht opportun erscheinen – das Phänomen der Zuwanderung mit all seinen Risiken erfordert Strategien für die Zukunft, deren Diskussion wir uns stellen müssen.

Die Zuwanderung bietet uns aber auch ungeahnte Chancen. Wenn wir es schaffen, das Instrument Bildung punktgenau und optimiert einzusetzen, dann können wir einen breiten Gürtel des Wohlstandes in Mittelosteuropa schaffen. Und das muss unser Ziel sein. Um dieses Ziel zu erreichen wird in Zukunft ein kreativer Dialog noch mehr gefragt sein, wenn es darum geht, faire Bedingungen für jeden einzelnen in einem globalisierten Arbeitsmarkt herzustellen. Wir sind bereit zur Mitarbeit, zur Zusammenarbeit, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen, unter der Prämisse der uns eigenen Verantwortung: Wir werden gemeinsam mit dem ÖGB auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Partner für die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde nun zum Schluss kommen, und Ihnen allen noch einmal meinen großen Dank aussprechen. Vor allem den wissenschaftlichen ReferentInnen des morgigen Tages. Ein großes Danke auch an alle Mitwirkenden, die sich bereitwillig in den

Dienst der Wissenschaft gestellt haben und an das Organisatoren-Team des Hauses, das wirklich keine Mühen und Anstrengungen gescheut hat, und hier etwas auf die Beine gestellt hat, das seinesgleichen sucht. Ich freue mich auf zwei Tage der Superlative und wünsche dieser Veranstaltung den Erfolg, den sie verdient hat.

Aber nun würde ich sagen, genießen wir den herrlichen Sommerabend. In diesem Sinne möchte ich Sie noch einmal hier in unserem Seminarparkhotel in Hirschwang willkommen heißen.

Ein herzliches Glück auf!

Josef Staudinger

Präsident der AKNÖ und Vorsitzender des ÖGB NÖ

Hase und Igel im politischen Spiel

Das Dialogforum Hirschwang hat sich zur Aufgabe gestellt, brisante Themen jenseits tagespolitischen Umsetzungsdrucks und aus Perspektiven zu diskutieren, die nicht ausschließlich den gängigen politischen Erklärungs- und Lösungsmustern folgen. Es passiert in der Tagesarbeit immer öfter, dass althergebrachte Lösungen nicht mehr zu 100 % stimmen und die, die uns lauthals aufgedrängt werden, offenkundig in die Irre führen. Was uns heute vielfach zu schaffen macht ist, dass sich langfristige gesellschaftliche Ansprüche stärker als früher gegenseitig überlagern und von kurzfristigen Kapitalverwertungsansprüchen gegeneinander ausgespielt werden: Arbeit, Lebensperspektiven, ethnische Besonderheiten und Traditionen, natürliche Lebensgrundlagen wie Nahrung, Energie, Wohnraum, usw. sind gleichermaßen Spekulationsobjekt und hilflose Beute.

Unsere historisch erfolgreichen politischen Steuerungssysteme und sozialen Sicherungsinstrumente sind der ungehemmten Dynamik einer Finanz- und Spekulationswirtschaft nicht mehr gewachsen.

Das Produktivkapital hat wenigstens längerfristige persönliche Bezüge zu realen Werten und Bindungen entstehen lassen, sei es die Bindung an Grund und Boden, ans Gewerbe, an Fabriken, oft Generationen von Familienbindungen, deren Wohl und Wehe ganze Seifenoper im

Fernsehen zu füllen vermögen. Der Faktor Arbeit dagegen ist und war immer ausschließlich mit persönlichem Einsatz, Leib und Leben, Gesundheit, Geist und langfristigen, oft schicksalhaften, beruflichen Verkettungen verbunden.

Am flexibelsten ist das Finanzkapital unterwegs. Ursprünglich eingerichtet, um der Produktion notwendige Kapitalien zu sichern und um produktives Wirtschaften zu erleichtern, übt es inzwischen eine ungehemmte Herrschaft über die gesamte reale Wirtschaftswelt aus, diktiert dieser und der Politik ständig weitere Liberalisierungs- und Deregulierungsschritte und zwingt ihnen immer schnellere Rhythmen an hypertrophen Aufstiegen und bodenlosen Abstürzen auf.

Und es ist gleichermaßen eine Herrschaft der Finanzoligarchen wie eine Zockergesellschaft, die auch alle genuin langfristigen Daseinselemente kürzestfristigen Spekulationen unterwirft, Mensch, Natur, kulturelle, langfristige ethnische Entwicklungen benötigen zur systemisch ausgewogenen Reifung eines: Zeit. Heute werden diese Elemente ausgepowert durch unmittelbare Verwertbarkeit. Finanzspekulationen mit Nahrungsmittel gefährden weltweit unsere Lebensgrundlagen, Spekulationen mit Wohnraum zerreißen die sozialen Lebensumwelten (wo bleiben da „Heimaten“?).

Politische Ordnungen und Wohlfahrtsstaat setzten eine Zeit lang dem Prinzip der Beliebigkeit und jederzeitigen Verfügbarkeit Absicherungen und Steuerungssysteme entgegen, die soweit erfolgreich sein konnten, als sie es mit längerfristig berechenbaren und stabilen Rahmenbedingungen zu tun hatten:

- mit geordneten Wirtschaftsräumen (= Grenzen),
- mit Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften vorwiegend in jene Regionen, die als klassische Einwanderungsländer scheinbar unendliche Räume anzubieten hatten,
- mit Bevölkerungsentwicklungen, die soziale Fangnetze berechenbar machten,
- mit voraussehbaren Lebens- und Berufsverläufen
- und auch mit festen Rollenbildern Mann – Frau, Alt – Jung.

Was uns jetzt passiert ist, dass die Sicherungssysteme gleich mehrfach durch immer raschere Liberalisierung und Deregulierungen zertrümmert zu werden drohen. Im Feld „Arbeitsmarkt“ wurden und werden durch überfallsartige Öffnung von Schleusen berechnete, langfristige Ansprüche unterschiedlicher ArbeitnehmerInnen-Gruppen auf akzeptable Einkommen, Lebens-, Wohn- und Betreuungsverhältnisse aufeinander losgelassen.

Und alle diese Gruppen stoßen auf ein ultrakurzfristiges Verwertungsinteresse des rasch fluktuierenden Kapitals an billigen Wegwerf-arbeitskräften.

Und die Politik?

Der Arbeitsmarkt gibt ein gutes Beispiel, wie Politik in „Hase und Igel“-Manier nahezu weltweit auf diese Situation reagiert. Dort, wo auf Dauer nur integrierte, international abgestimmte, mit anderen Politikbereichen vernetzte Lösungsmodelle Erfolg haben können, werden immer kurzfristiger und mit den letzten Steuergeldern die Interessen frei sich bewegender Investorenspekulanten bedient, nur um dann immer und immer wieder zu hören: „Ich bin schon längst da! – die Förderung nehme ich gern, aber eigentlich brauchen wir ja noch viel mehr...“.

Und Bildung?

Jener Prozess, der den/die einzelnen das ganze Leben hindurch formt, verkommt zum Nachqualifizierungspflaster für diejenigen, die den Anforderungen hinterherlaufen müssen. Und die öffentliche Hand übernimmt eifertig diese Aufgabe, obwohl das die Wirtschaft finanziell mit links selber erledigen könnte, und schafft Fachhochschulen statt Universitäten, Diplome statt Studienabschlüsse, Bacchalaureate statt Diplomabschlüsse usw.

Und Integration?

Statt langfristiger, international abgestimmter Entwicklungs- und Integrationskonzepte für Menschen, die die Heimat verlassen, die auf fremde Lebensumfelder, Kulturen, Arbeitsbedingungen treffen, auf Ängste und Abwehr derer, denen sie möglicherweise die Arbeitsplätze streitig machen, statt einer übernationalen Politik des behutsamen Ausgleichs wird den Spekulanten-Lobbys nachgegeben. Arbeitskräfte werden kurzfristig-planlos unter falschen Prämissen importiert, Ghettos und Rassenhatz werden kaltschnäuzig in Kauf genommen.

Wir werden hier und heute nicht die letzten Antworten finden können auf Fragen, die noch sehr viel an ehrlicher Gehirnarbeit erfordern. Aber vielleicht können wir einige Elemente einer verantwortungsvolleren, zukünftigen Politik identifizieren. Was jedenfalls auch gelingen sollte, ist den Mut zu stärken, sich nicht mit kurzfristigen und kurzfristigen Mikrolösungen zu begnügen, sondern weltweit und gesamtgesellschaftlich vernetzt zu denken und planen.

Und weiters wünsche ich mir eine (wenigstens) kleine Stärkung des politischen Rückgrats gegen die Lobbyisten der Zockergesellschaft im Interesse unserer langfristigen zu sichernden sozialen Werte!

Mag. Helmut Guth

Direktor der AKNÖ

Lassen sich die Arbeitsmärkte noch national steuern? ¹

Kein Thema ist brisanter als das der Globalisierung: in den Entwicklungsländern wird noch immer der eklatante Vorteil der entwickelten Länder im Welthandel, bei den Auslandsinvestitionen und im Finanzsystem unterstrichen und weltweite Regeln wie Arbeits- oder Umweltnormen oft als protektionistisch betrachtet. Die Diskussion in den entwickelten Ländern wird dagegen vor allem durch berechnete und unberechnete Ängste vor dem Ausverkauf der heimischen Industrie und damit im Zusammenhang stehenden Arbeitsplatzverlusten und Sozialabbau durch Verlagerung, (feindliche) Übernahmen und durch Billigimporte geprägt. Migration von schlecht und zunehmend auch besser ausgebildeten Migranten trägt zu dieser "Verdrängungsangst" bei.

Die weltweite Finanzkrise erhöht das Risiko einer weltweiten Rezession, die die Wirtschaft und das soziale Klima zusätzlich belastet. Diese Verunsicherung breiter Gesellschaftsschichten und die reale Bedrohung durch die Kräfte der Globalisierung erfordert einen

politischen Rahmen, der den Menschen das Gefühl vermittelt, all diese Prozesse seien steuerbar.

Dies ist insofern brisant, als die entwickelten Länder wie Österreich zugleich "Täter und Opfer" der Globalisierung sind, was ein Abwägen von Schaden und Nutzen erfordert, das wiederum oft eine energische Politik zur Bekämpfung der negativen und einer Verstärkung der positiven Aspekte der Globalisierung verhindert. Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stehen vor großen Herausforderungen, aber das politische Geschäft ist voll von Dilemmas. Globalisierung, die grundsätzlich offene Märkte erfordert, schränkt gleichzeitig den Handlungsspielraum der nationalen Politik ein und erfordert supranationale Politik, die allerdings wiederum um ihre Durchsetzungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit kämpfen muss. Der Einleitungsvortrag soll dieses Geflecht an Paradoxa und Dilemmas ausloten und real mögliche Politik in Zeiten der Globalisierung aufzeigen.

¹ Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Dr. Peter Auer. Die vollständige Präsentation finden Sie auf www.dialog-forum.eu

Schwerpunkte des Vortrages

1. Globalisierung: Was ist sie und was bedeutet sie für Arbeitsmärkte?
 - a. Globalisierung als Zusammenspiel von Welthandel, Auslandsinvestitionen und Migration (einschliesslich des Themas Offshoring)
 - b. Kulturelle Dimensionen der Globalisierung: the global village
 - c. Positive and negative Arbeitsmarkteffekte
2. Arbeitsmarktrends in Zeiten der Globalisierung unter Berücksichtigung des Genderaspekts
3. Was kann Politik leisten?
 - a. Ist eine faire Globalisierung möglich? Internationale Rahmenbedingungen.
 - b. ILO Arbeitsnormen
 - c. Management der Arbeitsmarkteffekte: Trade adjustment, Globalisierungsfonds etc.
 - d. Steuerung der Migration?
 - e. Sonderthema Bildung und Arbeitsmarkt in der Globalisierung
4. Zusammenfassung

Dr. Peter Auer

Leiter der Abteilung Arbeitsmarktforschung der ILO, Genf

Macht und Ohnmacht der Politik in Zeiten der Globalisierung

Peter Auer, ILO

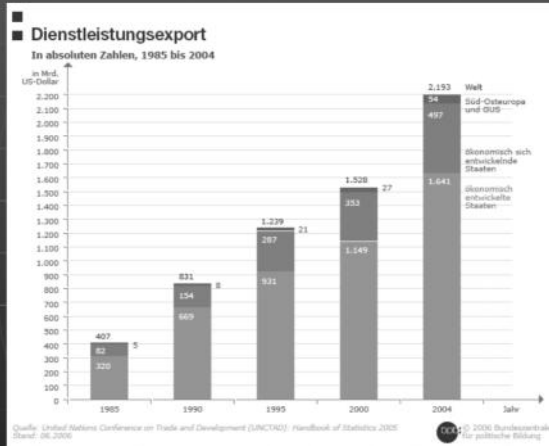
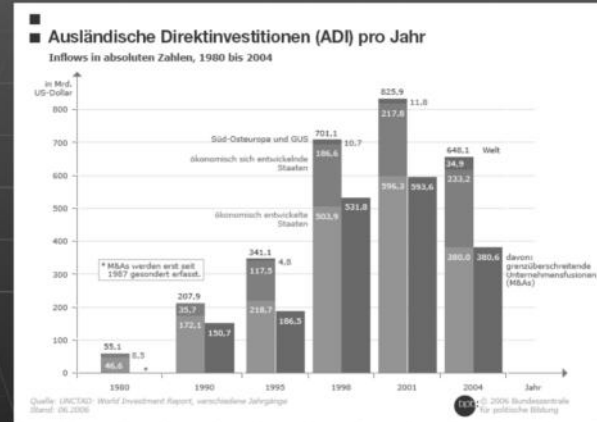
Globalisierung als Chance und Herausforderung

Ausmass: Die Weltwirtschaft und Ihre Verflechtungen

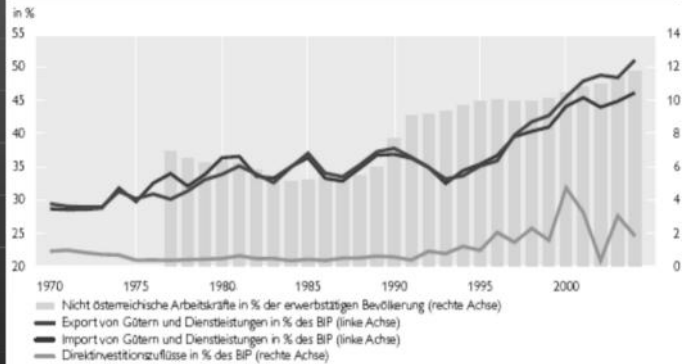
Wirkungen: Verlierer, Gewinner, per saldo?

■ Wirtschaft, Arbeitsmarkt

Politik: was ist machbar, wo bleiben Gestaltungsspielräume?



Indikatoren des Offenheitsgrads der österreichischen Volkswirtschaft



Beschäftigung wächst mit

- Beschäftigungsintensität des Wachstums (pro1%BIP)
- 2000-2007=0,33
- 2000-2003=0,17
- 2003-2007=0,43

Ein Blick auf die Arbeitsbedingungen

- Arbeitszufriedenheit: 89,6% sehr oder zufrieden (EU15 84,8%...EU 27: 82,3 M:81,4 F: 83,5)
- Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes in 6Mt.: 8,9% (EU15: 11,3, D:12,7%, CH12,1%,DK 7,2%) (EU27: M:13,8, F 13,5)
- Vereinbarkeit: Familie Beruf : 88% (EU15 81%, DK 87,8%,F 80,9%,D 85,5%) (EU 27: M 76,6, F 83,0)
- Betriebszugehörigkeitsdauer: 10,3 (Eu15:9,8, DE 10,2, CH 9,4) (EU27 M: 10,6 F 8,6)
- Gerechtl. bezahlt betrachten sich 50,6% (EU15 47%, CZ 35%,CH 58,8%, D 58,4) (EU27 M 45,7 F: 40,2)
- Zahlen aus 4. Europäische Untersuchung zu den Arbeitsbedingungen (2007: Zahlen 2005)

Geschlechterunterschiede

- Lohnunterschiede M/F 2006: 20% (L:20%/M:17%/H:30%)
- Wenig Unterschied bei Teilzeit
- Unterschiede in Beschäftigungsquoten: 15-24: 8,1%,25-54: 13,1%, 55-64:22%
- In Vollzeitequivalenten: 24,2%
- Teilnahme an WB: M:36%/F 30%
- Frau als direkte Vorgesetzte: 22,8% (EU15 23,9%, DK 29,3%)
- Andere Faktoren: Hausarbeit und Pflege wird (immer noch) zu grossen Teil den Frauen überlassen: die Doppelbelastung existiert weiter

Das Problem mit der Globalisierung

- Niemand mag sie mehr, ausser den Dänen, Arbeitgeber mögen sie lieber als Gewerkschaften, und insgesamt geht die Zustimmung zurück
- Zustimmung zur Globalisierung insgesamt
 - Österreich: 2003: 52% dafür:40% dagegen
 - 2006: 33% dafür:57% dagegen
 - Dänemark: 2003: 71:27 2006: 76:17
 - DE: 71:27// 37:57; IE: 71:37//46:32
- Zustimmung zur Frage „Globalisierung ist eine Gefahr für Beschäftigung und Firmen“:
 - Ö.:2003:41%;2006:52%; DE: 35:59; F 58:72; CZ (2006): 45; HU (2006): 49; DK:30:16

Das Problem mit der Globalisierung

- Gefühle einer allgemeinen Verunsicherung in der Bevölkerung
 - Angst vor Arbeitsplatzverlusten und Verdrängung guter durch schlechter jobs
 - Steigender Anteil an „atypischen“ Jobs
 - Vorstellung einer unfairen Globalisierung
 - Ungleichheit hat zugenommen, vor allem innerhalb der Länder
 - Handel, ADI, Finanzmärkte, Multinationale Firmen dominiert von den entwickelten Ländern, Weltarmut, Ernährungskrisen etc. koexistieren
 - Sitzen am guten Ende der Wertschöpfungskette (siehe Nike Schuhe: der grösste Anteil geht in die Entwicklung und das Marketing, ArbeiterInnen erhalten gerade mal 3-4%)

Schlussfolgerungen

- Globalisierung hat etwas unaufhaltliches und produziert gute neben schlechten Ergebnissen. Sogar wenn per saldo alle gewinnen, ist das kein Trost für die Verlierer
- Kann man die Verlierer angemessen kompensieren und wer macht das?
- Nationale Steuerkapazität eingeschränkt, aber vorhanden
- Internationale Steuerung unübersichtlich und greift nicht so gut
- Machen wir sie effektiver (z.b durch Politikkoherenz).....

■ Größere Finanzkrisen seit 1970

Nach Kreditausfallraten, in Prozent aller Kredite



Quelle: Caprio, Klingebiel, Lavenex, Niquero: Banking Crisis Database, 2005; The World Bank Group
Stand: 11.2005

© 2006 Bundeszentrale für politische Bildung

critical studies of austrianness.

Am 15. Juli wird in Wien die Konditorei Lehmann am Graben schließen. Schließen müssen. Diese Schließung ist ein weiteres Ergebnis einer hausgemachten Globalisierung mit einer Mietrechtsreform, die sich ausschließlich an den Kriterien eines Markts orientiert, der das Konkurrenzprinzip zur Begründung von Monopolen nutzt. Ökonomen zucken zu solchen Fällen mit den Achseln. „So ist das Leben!“ heißt es dann.

Die korrekte Aussage lautet natürlich „So ist der Markt!“. Denn. Der Begriff „Leben“ kann für Markt als Bedeutung eingesetzt werden. Der umgekehrte Vorgang, das Leben als Markt bezeichnen zu wollen. Dieser Vorgang bedarf der Umwandlung in eine Metapher. Der Sprachgebrauch selber gibt so Auskunft darüber, wie die Wertigkeiten zu denken sind.

Die Sprechmacht, die sich eines Satzes bedienen kann, der da lautet, „So ist das Leben!“, die damit aber das eigene Funktionieren meinen darf. Eine solche Macht kann in dieser bedeutungsändernden Operation der Umwandlung eines Begriffs in eine Metapher dem eigenen Begehren Ausdruck verschaffen. Im Sprechen eines solchen Satzes bestätigt und erfrischt sich die Macht jeweils neu. Und. Die

Beschreibung erfolgt heute ja nicht mehr in einer Verschleierung der Machtverhältnisse. Im Gegenteil. Der Vorgang der Bedeutungsänderung wird offengelegt und wäre jedem und jeder zur Interpretation zugänglich. Der Verlust an Sinneinheiten bei der Benutzung des Lebens als Metapher für den Markt wird durchaus enthüllt. Um diese Enthüllung aber sehen zu können, müßte jeder und jede nur des Gebrauchs der Grammatik sicher sein. Das aber ist nicht der Fall. Eine Sprachbildung, die nicht die Erfassung der Wörtlichkeit zum Ziel hat, sondern einen Variationenreichtum strategischen Nichtwissens verfolgt. Erkenntnisverhinderung also. Eine solche Sprachbildung kann nur zu einem Sprechen und Denken führen, das sich erkenntnishindernd zwischen die denkende oder sprechende Person und die zu erfassende Wirklichkeit drängt.

Die Konditorei Lehmann. Die gab es für mich nun schon immer. Das war ein Kleinbetrieb des Konditorenhandwerks, in dem ein ganz spezifischer Stil entwickelt war. Es wäre immer klar gewesen, welche Cremeschnitte vom Lehmann gewesen wäre und welche vom Heiner, vom Demel oder vom Sluka. Eine Erinnerung an den Ringstraßenstil beeinflusste den Stil der Dekoration. Für uns waren die Prager Rollen das Objekt der Begierde. Aus der „Stadt“ wurden Prager Rollen vom

Lehmann mitgebracht. Die wieder konnten mit den Prager Rollen vom Zauner in Bad Ischl verglichen werden. Bis heute blieb es ein Akt der Aufmerksamkeit und Zuwendung, bei Besuchen Prager Rollen mitzubringen. Die Prager Rollen gehörten zu den Dingen, die sich nicht veränderten und an denen die eigene Zeit abgerechnet werden kann. Wann wie Prager Rollen übergeben wurden. Die Erinnerungen werden diskutiert und in einer Art Familienforschung in den Zeitabschnitten ihrer Geschichtlichkeit zugewiesen. Das war damals, da haben wir meinen Teddybären fast im Park vergessen. Und das dann damals. Da haben wir gerade begonnen, als Gruftis in der Innenstadt herumzulongern. Nein. Es ist zu peinlich. Und. Immer war die winzige Kontinuität der Prager Rollen aus der Konditorei Lehmann zur Hand gegen den Fluß der Zeit gehalten zu werden und in ihrer Unveränderbarkeit das Kontingente in Schach zu halten. So ist Erinnerung. So kann das Leben sein.

Natürlich können wir uns weiterhin an die Konditorei Lehmann erinnern. Wir können allerdings diese Erinnerung nicht mehr verorten. Der verschwundene Ort bedarf einer anderen Anstrengung des Erinnerns. Wir werden das Verschwinden durcharbeiten müssen. Wir werden den Satz „So ist der Markt!“ untersuchen müssen. Wir werden unsere Rolle in diesem Zusammenhang überlegen müssen. Mit dem Verlust eines solchen Orts wird eine Trauer einhergehen. Eine Trauer, die sehr uns selber meinen wird. Und wenn wir es nicht schaffen, diese Trauer sprachlich zu heben. Eine solche Trauer über Verluste dieser Art. Eine solche Trauer wandelt sich unversprachlicht in Aggression. Je nach Person wird diese Aggression in Depression gegen sich selbst oder in alle möglichen Vorwürfe nach außen gerichtet. Rassismus kann ein schönes Depot für solch ungerichtete Aggressionen sein. Hingabe an die Notwendigkeit kann affirmierend, die affirmierende Person vor den Ängsten schützen, die aus den aggressiven Impulsen aufsteigen.

Es wird also selbst für einen nicht wirklich weltbewegenden Vorgang, wie es der Verlust der Erzeugung von Prager Rollen sicherlich ist, notwendig werden, erkennen zu wollen, welche Bedeutung diesem

Vorgang im Rahmen des eigenen Lebens zukommt. Ja. Gerade die offenkundige Unbedeutendheit eines solchen Vorgangs verlangt nach Deutung. Geht es doch um den Nachweis, daß das Leben nicht wie der Markt funktioniert. Es geht um die Erhaltung eines Persönlichen, das, wäre der Markt das Leben, keinen Platz mehr hätte und ausgetrieben werden müßte, um das marktgerechte Funktionieren nicht durch sentimentale persönliche Erinnerungen zu behindern. Es geht also um die Frage von Erkenntnis und wie diese in die – vom Markt verlangte – Selbstführung eingreift.

Wird Erkenntnis zugelassen, um der Person in der Selbstführung Entscheidung zu ermöglichen. Oder. Wird Erkenntnis durch hegemoniale Sprechmächte verhindert, um über die Selbstführung die Person einzugliedern. Und. Diese Eingliederung erfolgt ganz im Stil des Nationalstaats des Endes des 19. Jahrhunderts. Die Person wird sich selbst zur Ordnungsmacht und vollzieht den Arbeitszwang und Triebverzicht an sich selbst. Ohne Erkenntnisbegehren wird der Person das klaglos gelingen. Aber. Alle Fragen, die sich aus der Endlichkeit des Lebens ergeben, werden unbeantwortet oder fremdbeantwortet bleiben. Mit den Folgen der Abspaltung, die das 20. Jahrhundert beschreiben kann.

Nun war es bisher ja schon nicht so weit mit dem Erkenntnisbegehren. Es geht ja in einem Bildungsweg weiterhin um die Überwindung der jeweils kulturell vermittelten Erkenntnisverhinderung. Das ist ein Vorgang, der in die jeweilige Kultur eingelassen, den Blick auf sich selbst verhindert. Das Ziel dieser Verhinderung wiederum erschließt sich aus der Kultur selber. Ziele, die nicht aus dieser Kultur stammen, müssen sich immer dieser spezifisch verhindernden Sprechweisen bedienen, um ihr Ziel durchsetzen zu können.

Vorigen Mittwoch. Ein Freund kommt aus Frankfurt nach Wien. Beim Abendessen erzählt er von seinem Sitznachbarn im Flugzeug. Auch einem Deutschen. Der käme nach Wien geflogen, um dem Herrn Gusenbauer gute Ratschläge zu geben, wie er seine Position verbessern oder festigen könnte. Es werden also die sagenhaften spin

doctors wirklich geholt. Ich dachte ja, daß es professioneller wäre, einen solchen Job nicht im Flugzeug mit Wildfremden zu besprechen und noch dazu die Höhe des Honorars anzudeuten. Aber nichts destotrotz. Dieser Mann wird nur erfolgreich sein können, wenn er unsere spezifisch wienerisch österreichische Erkenntnisverhinderungssprache so einsetzen kann, daß wir selbst das Argument richtig finden müssen. Wenn ich den Katalog der Bildzeitung darüber nehme, warum die Ösis Dösis wären, dann hoffe ich, daß der spin doctor aus dem Flug von Frankfurt nach Wien eine gediegen analysierte Person ist, die sich zum Beispiel nationaler Einschlüsse in der Verhinderung des Blicks auf sich selbst entledigen konnte und damit den Blick frei bekommen hat, andere ohne Veränderung betrachten zu können. So benutzt bekommt sogar Erkenntnis eine profitsteigernde Funktion. Allerdings muß das Erkenntnisbegehren auf den zu untersuchenden Fall eingegrenzt bleiben.

Alle Formen der Vermittlung von mainstream müssen sich zu ihrem Erfolg dieser Verhinderung einordnen. Populismus ist die klarste Form dieses Verstellens des Zugangs zu einem Blick auf sich selbst. Sexualisierung, wie wir sie in unserer Kultur in so extremer und aggressiver Weise in der Werbung antreffen, übernimmt alle jene Sinneinheiten, die vormalig in metaphysischen Versprechen von Religion und anderen Utopien formuliert wurden. Alles Begehren, sich im eigenen Leben begreifen zu können, wird in der durch Bildung gelernten Erkenntnisverhinderung ununterbrochen frustriert. Jedoch. Nie waren die Grenzen sogar unserer Kultur dicht genug, die Erinnerung an dieses Erkenntnisbegehren auszulöschen. In der Sexualisierung des öffentlichen Raums durch die Werbung wird dieser Erinnerung Rechnung getragen. Die Trauer, daß es nun nie dazu kommen wird, sich selbst das eigene Leben erzählen zu können und damit gelebt haben, weil eine Wahrheit in Erinnerung bleiben kann. Diese traurige Wahrheit gilt es zu übertünchen. Wir können gespannt darauf warten, wie der deutsche spin doctor sich dieser spezifisch kulturellen Konstellation anthropologisch invarianter Sinneinheiten bedienen wird. Wird der immer noch etwas zaghafte Populismus des Kanzlers ins Breitere vergrößert werden. Oder wird die Kontur der

Männlichkeit der Person des Kanzlers verschärft werden und damit ansexualisiert ein Hinweis auf Führungsqualitäten gegeben. Nun. Wir werden ja sehen, welche Leseanleitungen wir hier um ein beachtliches Honorar vorgelegt bekommen werden. In jedem Fall werden wir den spin doctor über diese Leseanleitungen kennen lernen und herausfinden, ob er unsere Kultur hinreichend studiert hat und uns mit uns selbst übervorteilen kann.

Aber. Lassen Sie uns zurück zur Konditorei Lehmann gehen. Für mich war das ein Ort, an dem ich ein Wienerisch Sein beigebracht bekam. Meine Schwiegermutter, die 1904 in Wien geboren worden war, unternahm eine sehr taktvolle Unterweisung der jungen Frau aus der Provinz, indem sie mit mir alle Orte ihrer Geschichte aufsuchte. Der Lehmann war für sie der Ort, an dem man ein kleines Mittagessen nahm. Das Huhn in der Muschel war die Kleinigkeit, die für einen Ausflug in die Innenstadt selbst genehmigt wurde. Das Huhn in der Muschel enthält ein Stückchen Fleisch von jedem Teil des gebratenen Huhns auf französischem Salat. Unter dem schmückenden Salatblättchen oben auf dem kleinen Hühnergebirge war ein Tupfen Mayonaise versteckt, der als pikante Abrundung den Genuß noch weiter trieb. Da saßen wir also. Meine Schwiegermutter und ich und aßen mit Vorspeisenbesteck das elegante kleine Mittagessen. Und dann wurde mir eine von diesen Geschichten erzählt, wie das war. Irgendwann im langen Leben dieser Frau. Ironisch vorsichtig und immer alle schonend wurde das erzählt. Vorwurfslos. Die Kontinuität des Ortes eröffnete einen anderen Raum, in dem das Auf Sich Selbst Zurückschauen in einiger Freundlichkeit möglich war. Vorwürfe wurden nur durch ein verächtliches Kräuseln des Munds geäußert und ein Zurücklehnen, an einem Ort, der halbwegs sich selbst noch glich. Der Ort machte die Übergabe dieser Geschichten leichter. Ja. Vielleicht überhaupt möglich. Meine Aufnahme in das Wissen über die vor mir. Vor uns. Sie fand auch da statt. Darin ist dieser Ort für mich nicht verlierbar.

Aber. Was dieses Beispiel zeigt. Wir müssen nicht migrieren, um derartige reale Verluste zu erfahren. Mit einem solchen Beispiel läßt

sich beschreiben, wie die Vorgänge durchaus gleich sind und daß es die Versprachlichung ist, die die Zuweisungen unternimmt. Tragisch wird das jedesmal dann, wenn mit den Veränderungen der Verdacht auf Abstieg nicht niederzuringen ist, aber aus diesem Gefühl nicht ein Wissen um die Parallelität der Schicksale ersteht, sondern die Abgrenzung emotional notwendig wird.

Kulturell vermittelte Erkenntnisbehinderung ist der Grund für die doppelte Mühsal der Migration. Wenn die eigene Kultur keine Möglichkeit zugelassen hat, einen Raum zu schaffen, aus dem herauszutreten ein Blick auf sich selber möglich wird. Wenn also die Widersprüche und Strategien der eigenen Kultur nicht bekannt sind. Wie soll die andere Kultur erfahren werden, die nun ihrerseits widersprüchlich und erkenntnisverhindernd auftritt. Das, was gemeinhin Integration genannt wird, meint ja letzten Endes doch nur die endgültige Auslieferung an die neue Kultur, ohne, daß diese Kultur sich selbst beschreiben muß. Ohne, daß ein analytischer Zugang geschaffen wird, der die Unterschiede und Parallelen zu der zu verlassenden Kultur offenlegen würde. Blindes Lernen von Sprachen wird da abverlangt. Das Sprechen wird vom Besprochenen getrennt. Muß getrennt werden. Emotion und Bezeichnetes fallen auseinander. Ein solcher Vorgang führt nicht einmal zu einer annehmbaren Hilfskraftzurichtung. Eine Untersuchung an polnischen Putzfrauen, die in österreichischen Haushalten tätig waren, würde eine entsetzliche Bilanz der Zerstörung dieser Personen zutage bringen. Sie mußten, wie das dann eben der Fall ist, ein magisches Denken auf ihre Situation anwenden. Mit allen Folgen davon.

Erkenntnisbegehren ist in der österreichischen Kultur nicht zugelassen. Antisemitismus und eine indolente Hegemonie einer ganz spezifisch geistfeindlichen Männerkonstruktion lassen ein solches Begehren gar nicht zur Erscheinung kommen. Bildung ist daher hierzulande Ausbildung, bei aktivem Aufrechterhalten des wiederum spezifisch österreichisch wienerischen magischen Denkens des Postnationalen. Wenn nun ein Bildungsbegriff zum Tragen kommen soll, der ein Erkenntnisbegehren heben wollte und darin die

erforderliche Kompetenz zur Selbstführung herstellen, dann können wir davon ausgehen, daß Migranten/Migrantinnen und Österreicher/Österreicherinnen von sehr ähnlichen Voraussetzungen ausgehen können. Der Unterschied zu den Migranten/Migrantinnen, der sich durch das Österreichisch Sein herstellt. Dieser Unterschied müßte im Vergleich und Durcharbeiten der anderen Kulturen mit der österreichischen erfolgen und darin die Voraussetzung für Entscheidungen schaffen, wie sich die Personen in der Selbstführung positionieren. Voraussetzung für diese Auseinandersetzung wiederum wäre die Gründung eines Instituts, das sich der Untersuchung des eigenen So Seins widmet. A critical study of austrianness müßte das sein. Eine Bündelung des intellektuellen Begehrens könnte das sein, diese Kultur zu deuten und in ihren Strukturen erklärbar zu machen. Am Ende ginge es doch nur darum, klar machen zu können, warum der Satz „So ist das Leben!“ den Angestellten der Konditorei Lehmann gesagt werden kann, ohne daß irgendjemand sich wundert, weil es ja nur der Markt ist, der hier funktioniert. Im Grund geht es um eine komplexe Studie des spezifisch österreichischen Einsatzes der Metapher als Medium der Macht und ihrer Internalisierung.

Marlene Streeruwitz

Schriftstellerin und Regisseurin

13 Thesen zum Arbeitsmarkt

1. Arbeitsmärkte ohne Schranken setzen in gewissem Ausmaß Arbeitsmärkte von annähernd gleicher Beschaffenheit voraus.
2. Ist das Wohlstandsgefälle groß, werden Wanderungen zu den relativ wohlhabenden Ländern ausgelöst.
3. Diese Wanderungen nehmen erfahrungsgemäß nicht im gewünschten Ausmaß auf die arbeitsmarktpolitischen (amp) Bedürfnisse in den Zielländern Bedacht: Arbeitskräfteüberangebote, Konkurrenzierung, Lohndruck und Verdrängung sind die Folge. (z.B.: Anfang der 90er Jahre – massive Verdrängungseffekte in engen Wirtschaftsbereichen mit hohem Ausländeranteil – wie z.B. Gast- und Beherbergungswesen, unternehmensnahe Dienstleistungen (Reinigung), Bauwesen usw!)
4. Der Erhalt von arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumenten ist daher nach wie vor notwendig.

Zwar besteht diese Steuerungsmöglichkeit in Österreich nur mehr zum Teil und ist v.a. auf Drittstaatsangehörige (DSA) bezogen, dennoch sollte man diese Steuerungsmöglichkeiten gegenüber DSA nicht aufgeben, da ohnehin die zum Teil beträchtlichen EU-Binnenwanderungen z.B. aus Deutschland nach Österreich oder v.a. ab 2011 aus den (neuen) EU-10 Beitrittsländern beträchtlich sein werden.

5. Die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Übergangsbestimmungen zu den EU-10 Beitrittsländern bis 2011 macht arbeitsmarktpolitisch Sinn, ist es doch dadurch gelungen, den Zustrom der Arbeitsmigranten an diesen „Nachbarschaftsräumen“ auf den relativ kleinräumigen österreichischen Arbeitsmarkt zu bremsen. Treibkräfte in Form von nach wie vor großen Wohlstandsunterschieden bestehen weiterhin.
6. Österreich hat mit der Fachkräfteverordnung 2008 nur in jenen Bereichen geöffnet, wo aufgrund des Stellenandranges Fachkräfte-

bedarf besteht, der aus dem im Inland verfügbaren Arbeitskräfteangebot nicht abgedeckt werden kann.

7. Gleichzeitig braucht Österreich die bis 2011 verbleibende Zeit, um seinen Arbeitsmarkt auf die erhöhte Arbeitskräfte-Integration aus den Beitrittsländern vorzubereiten.

8. Eine der größten Herausforderungen besteht ja darin, den großen Anteil Arbeitssuchender mit Migrationshintergrund auf den österreichischen Arbeitsmarkt zu integrieren.

9. Diese Integration gestaltet sich schwierig, weil die Personengruppe ein erheblich niedriges Bildungs- bzw. Ausbildungsniveau besitzt, das den betrieblichen Anforderungsprofilen weitgehend nicht entspricht.

10. Weitere Zugänge von eher gering qualifizierten AK diesfalls aus den Beitrittsländern könnten Verdrängungseffekte auslösen, und die ohnehin schwierigen Integrationsbemühungen in Österreich erschweren.

(Der Anteil an bloßen Pflichtschulabsolventen ist bei Personen mit Migrationshintergrund doppelt so hoch als bei Inländern.)

11. Es wird daher um Verständnis für diese aus heutiger Sicht grundsätzliche Positionierung des ÖGB im Bezug auf die Übergangsbestimmungen ersucht – die jedoch auch von substantiellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleitet werden müssen.

12. Mit der im Okt. 2007 beschlossenen Sozialpartnervereinbarung „Arbeitsmarkt-Zukunft 2010“ wurden auch wichtige Maßnahmenpakete, die genau in die angezeigte Richtung weisen. So werden derzeit wichtige Maßnahmen im Bereich des Lehrausbildungspaketes dieser Vereinbarung umgesetzt – vor allem ein an den Arbeitsmarktbedarf besser angepasstes Fördersystem für die Lehrausbildung verbunden mit Übertrittsmöglichkeiten in überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen.

Im Weiteren werden im Rahmen des „Arbeitsmarktausbildungspaketes“ dieser Sozialpartnervereinbarung große Anstrengungen unternommen, um mehr Fachkräfte für den Bedarf der Wirtschaft heranzubilden. So ist im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des AMS vorgesehen bis 2010 zusätzliche 17.500 Fachkräfteausbildungen durchzuführen.

13. Wie ersichtlich, bemüht sich der ÖGB, die Herausforderungen vor denen die Arbeitsmarktpolitik steht in Angriff zu nehmen, wenngleich auf diesem Feld noch mehr getan werden müsste – dies gilt insbesondere auch für die Integration der Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund, deren Anteil in Österreich besonders hoch ist.

Im Rahmen der vom Regierungsprogramm initiierten „Integrationsplattform“ – in der auch der ÖGB eingebunden ist – wurde seitens des BMI ein „Integrationsbericht“ erstellt, der zu den einzelnen Bereichen einer umfassenden Integration eine Lagebeschreibung und Maßnahmenvorschläge enthält.

Für den ÖGB sind in diesem Zusammenhang folgende Schwerpunktsetzungen wichtig:

- Bekenntnis zu einer umfassenden Integrationspolitik (im Sinne einer Wirtschafts- und Arbeitsmarktintegration, einer sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Integration)
- Notwendigkeit der Errichtung einer zentralen Koordinationsstelle (Ansiedelung möglichst nahe an Arbeitsmarktinstitutionen)
- eine Darstellung des Integrationsbedarfes (durch Erfassung des Potentials, der Qualifikationsstrukturen, der Erwerbsquoten usw.)
- Sicherstellung der Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes (durch Erhalt von Steuerelementen beim Zugang von Migranten).

Grundsätzlich:

- Wie oben dargestellt – weitere grundsätzliche Aufrechterhaltung der Übergangsbestimmungen bis 2011
- Große Achtsamkeit gegenüber Bestrebung der europäischen Kommission, die Wirtschaftsmigration aus Drittstaaten durch Richtlinien zu erleichtern (bis 2009 5 Richtlinien-Vorschläge geplant).

- Generell: Durch geregelte Zuwanderung nach dem Grundsatz:
„Integration vor Neuzugang“ und Erhalt verbliebener
Steuerungsinstrumente.
- Bessere Maßnahmen zur Verhinderung von illegaler Beschäftigung
und zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping.

Mag. Bernhard Achitz

Leitender Sekretär des ÖGB für den Bereich Grundsatz

Realität oder Mythos? Fakten zum österreichischen Arbeitsmarkt.¹

Wie schaut die Arbeitsmarktentwicklung generell aus?

Äußerst positiv, im Jahr 2007 wurde mit 3.344.039 unselbständig Erwerbstätigen - davon sind circa 450.000 Personen mit Migrationshintergrund - ein neuer Beschäftigungshöchststand erreicht, der Bestand an vorgemerkten Arbeitssuchenden sank gegenüber dem Vorjahr um 16.925 (-7,1%) auf 222.248. Im internationalen Vergleich steht Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 4,1% (Mai 2008) im Spitzenfeld.

Personen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt

Der Bestand an unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund stieg seit 2002 um etwa 23%, damit hat diese Gruppe knapp $\frac{3}{4}$ des Beschäftigungsanstiegs getragen. Die Beschäftigung dieser Gruppe konzentriert sich auf die Branchen Realitätenwesen / unternehmensbezogene Dienste, Handel, Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie Bauwesen. Bedingt durch die überproportionale Beschäftigung in Saisonbranchen und die unterdurchschnittliche Qualifikation, steigt auch die Gruppen spezifische Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich.

Jugendliche und Frauen haben es noch schwerer!

Eine besondere Problemgruppe stellen die Jugendlichen dar, die nicht ausreichend vorbereitet auf den Arbeitsmarkt kommen. Das AMS als erfolgreiche/s Institution/Dienstleistungsunternehmen übernimmt auch in diesem Fall eine Stützfunktion, um die Schwächen des Bildungssystems auszugleichen. Der Schwerpunkt liegt dabei beim Auffangen der Drop-outs und dem Ausgleichen der Defizite - Stichwort JASG (Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz).

Bei Mädchen und Frauen kommt noch das Problem der kultureller Hemmnisse einer Integration in den Arbeitsmarkt hinzu, eine breite öffentliche Diskussion dazu geht weit über Arbeitsmarkt und Bildung hinaus, es geht generell um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Dr. Christian Operschall

Bereichsstellvertreter der Sektion Arbeitsmarkt des BM für Wirtschaft und Arbeit

¹ Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Dr. Christian Operschall. Die vollständige Präsentation finden Sie auf www.dialog-forum.eu

Wie schaut die Entwicklung am Arbeitsmarkt aus?



- Die aktuellen Wirtschaftsprognosen gehen im Gefolge der US-Finanzkrise zwar von einer Abflachung der guten Konjunktur aus, zur Zeit sind jedoch keine nennenswerten Auswirkungen auf die Arbeitskräftenachfrage in Österreich bemerkbar.
- Die Arbeitsmarktchancen von vorgemerkten Personen bleiben weiter intakt, obgleich der Zustrom von Arbeitskräften aus Deutschland weiter anhält und zahlreiche inländische Personen neu am Arbeitsmarkt auftreten.

15.09.08

Dr. Christian Operschall II/BS3

3

Kerndaten zum Arbeitsmarkt Mai 2008



Wichtige Arbeitsmarktdaten Ende Mai 2008			
		Veränderung geg. Vorjahr	
		absolut	in %
Arbeitskräftepotential	3.608.943	+74.590	+2,1%
Unselbständig Beschäftigte	3.424.133	+87.576	+2,6%
Selbständig Beschäftigte*	394.398	+4.978	+1,3%
Vorgemerkte Arbeitslose	184.810	-12.986	-6,6%
Vorgemerkte arbeitslose InländerInnen	152.145	-11.003	-6,7%
Vorgemerkte arbeitslose AusländerInnen	32.665	-1.983	-5,7%
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 15-24 Jahren	28.733	-1.708	-5,6%
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 50 und mehr Jahren	39.546	+764	+2,0%

*letzter verfügbarer Wert: März 2008

15.09.08

Dr. Christian Operschall II/BS3

5

Kerndaten zum Arbeitsmarkt 2007



Wichtige Arbeitsmarktdaten Jahresdurchschnitt 2007			
		Veränderung geg. Vorjahr	
		absolut	in %
Arbeitskräftepotential	3.566.288	+46.236	+1,3%
Unselbständig Beschäftigte	3.344.039	+63.161	+1,9%
Selbständig Beschäftigte	391.242	+177	+0,0%
Vorgemerkte Arbeitslose	222.248	-16.925	-7,1%
Vorgemerkte arbeitslose InländerInnen	182.686	-14.297	-7,3%
Vorgemerkte arbeitslose AusländerInnen	39.563	-2.628	-6,2%
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 15-24 Jahren	35.140	-2.954	-7,8%
Vorgem. Arbeitslose im Alter v. 50 und mehr Jahren	42.882	-2.017	-4,5%

15.09.08

Dr. Christian Operschall II/BS3

4

Personen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt - Beschäftigung



- 2006 waren in Österreich 474.000 Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt, das waren 13,6% aller Beschäftigten
- Der Bestand an unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund stieg von 2002 – 2006 um 86.500 bzw. 22,3%, die der selbständig Beschäftigten um 12.900 bzw. 73% mehr als 58% aller unselbständig Beschäftigten mit Migrationshintergrund verteilen sich auf lediglich 4 Branchen, nämlich
 - Realitätenwesen/Unternehmensbezogene Dienste (70.000)
 - Handel (66.600)
 - Beherbergungs- u. Gaststättenwesen (61.500)
 - Bauwesen (51.300)
- Hohes Arbeitslosigkeitsrisiko weil hoher Beschäftigungsanteil in den Saisonbranchen 36% Tourismusbeschäftigte, 34% unselbständig Erwerbstätige in Land- und Forstwirtschaft und 21,5% in der Bauwirtschaft haben Migrationshintergrund

15.09.08

Dr. Christian Operschall II/BS3

7

- ★ In Österreich sagen 37% der Befragten, dass Frauendiskriminierung am Arbeitsmarkt in der Praxis vorkommt (EU: 48%), 58% konstatieren Diskriminierung von AusländerInnen am Arbeitsmarkt (EU: 61%)
- ★ Maßnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung von Frauen werden von 79% (= EU) befürwortet, zu Gunsten von AusländerInnen liegt die Zustimmung bei 56% (EU: 70%)

- ▷ Umsetzung der Integrationsoffensive: bis 31. Mai 2008 österreichweit 7.356 Frauen und 5.135 Männer, in Summe 12.491 Menschen, insgesamt mit 7 Mio. € budgetiert
- ▷ Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik
 - für AusländerInnen 2007
125 Mio. €, für 50.000 Personen
(insgesamt 845 Mio. € für 345.000 Personen)
 - 41.000 in Qualifizierung
 - 7.500 in Beschäftigung

Bildung und Arbeitsmarkt aus ökonomischer Sicht

Bildung ist ein komplexes Gut, ja ein Grundrecht der Menschen, das in jeder Gesellschaft eine Vielfalt von Funktionen erfüllt. Bildung dient einerseits der Selbstentfaltung und der Erhöhung des Selbstwertgefühls der Individuen – in der Sprache der Ökonomie ist Bildung daher ein Konsumgut –, andererseits hat Bildung einen Investitionscharakter sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft. Der Investitionscharakter der Bildung spiegelt sich einerseits in einer mit der Verlängerung der Ausbildung steigenden Beschäftigungs- und Einkommenschance für das Individuum, andererseits trägt eine Höherqualifizierung der Bevölkerung zu einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bei.

Letzteres ist der Grund dafür, dass die EU in der Bildung und Qualifizierung der Menschen ein wesentliches Instrument für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas sieht (Lissabon Strategie). Aufgabe des Bildungssystems ist es somit, einerseits der bildungsinteressierten Bevölkerung ein entsprechendes inhaltliches und quantitatives Bildungsangebot zu liefern, andererseits der Wirtschaft ein adäquat ausgebildetes Arbeitsangebot zu sichern. Der

Bildung kommt aber auch eine wichtige Rolle in der Wertevermittlung zu. Des Weiteren trägt Bildung zur Schaffung mündiger Bürger bei. Sie versetzt sie in die Lage, sich gegenüber politischer Bevormundung zu behaupten. Sie ist daher ein Grundpfeiler demokratischer Gesellschaftssysteme.

Funktionale Komplexität der Bildung

Aus der funktionalen Komplexität der Bildung ergibt sich ein weites Spektrum bildungspolitischer Ziele und Aufgaben. Bildungspolitik bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen der Aufgabe, eine berufs- und leistungsorientierte Aus- und Weiterbildung einerseits und eine umfassende humane Bildung andererseits anzubieten. Ersteres führt dazu, dass die berufliche Ausbildung in den meisten Bildungssystemen einen hohen Stellenwert hat. Letzteres ist ein Wert an sich, ist aber auch mit messbaren wirtschaftlichen Konsequenzen verbunden.

Aus ökonomischer Sicht unterscheidet sich Bildung von anderen Konsum- oder Investitionsgütern dadurch, dass sie besonders

langlebig ist. Der Ertrag einer Bildungsmaßnahme erstreckt sich meist über eine lange Zeit, insbesondere wenn das Wissen laufend genutzt und an neuere Erkenntnisse angepasst wird. Demzufolge hat Bildung keinen abnehmenden sondern einen konstanten oder potentiell sogar einen steigenden Grenzertrag¹. Die Funktion und Rolle der Bildung im Wirtschaftsprozess wurde von Gary Becker erstmals umfassend untersucht (1964). Die ökonomische Bewertung der Bildung im Rahmen der sogenannten Humankapitaltheorie geht auf ihn und seine Überlegungen zur Wirkungsweise von Bildungsinvestitionen auf das Individuum und die Gesellschaft zurück.

Unter dem ökonomischen Konzept des Humankapitals wird die Beziehung zwischen Bildung, einem pädagogischen Begriff, und ökonomischen und sozialen Kennzahlen verstanden. Den Kapitalbegriff auf den Menschen anzuwenden, wird kontroversiell diskutiert. Er macht aber aus einer ökonomischen Sichtweise Sinn, da einmal erworbenes Wissen im Bezug auf die Umsetzbarkeit auf dem Arbeitsmarkt obsolet werden kann und einer dauernden Erneuerung bzw. Adaptierung bedarf, die mit Kosten verbunden ist.

Das „Humankapital“ setzt sich aus Wissen, Fertigkeiten und anderen Merkmalen von Menschen zusammen, die direkt oder indirekt zur Schaffung von Einkommen und zur Wohlfahrt beitragen. In einer Kosten-Nutzenanalyse werden die Bildungskosten des Staates, der Individuen und der Gesellschaft den Erträgen der Aus- und Weiterbildung für die Gesellschaft gegenübergestellt. Erträge der Gesellschaft schlagen sich in einer Anhebung der Arbeitsproduktivität und des Wirtschaftswachstums nieder, die der Individuen in einer Anhebung der persönlichen Wohlfahrt (OECD, 1998). Die Gesellschaft und das Individuum sind keine Gegensätze sondern bedingen einander.

Bildung trägt, der ökonomischen Bildungsforschung zufolge, zum Wirtschaftswachstum bei über:

- die Anhebung des Humankapitals, d. h. die Vermittlung gewisser Kenntnisse und Fähigkeiten, und

- die Anhebung des Sozialkapitals, indem Werte vermittelt werden, die einen Ausgleich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, ethnischen, religiösen sowie sozioökonomischen, schaffen. Damit werden Konfliktpotentiale reduziert, was wachstumsfördernd wirkt.

Die OECD hat in der Studie "Human Capital Investment" (1998) die Probleme bei der Messung des Humankapitals dargelegt, gleichzeitig aber die ersten Schritte zu einer Erfassung der wesentlichen Elemente des Humankapitals in den einzelnen OECD-Ländern, nach einheitlichen Standards, gesetzt. Wo schon Daten vorhanden waren, wurden sie zu sinnvollen Indikatoren für einen internationalen Vergleich zusammengestellt. Ein Großteil der Daten wird mit zunehmender Detailliertheit und für eine steigende Zahl von OECD-Ländern von der OECD in "Education at a Glance" publiziert.

Bildung und Arbeitsmarkt

Es gibt eine wechselseitige Beziehung zwischen dem Ausbildungssystem, das Wissen vermittelt, und dem Arbeitsmarkt, über den die Umsetzung des Wissens und der Kenntnisse erfolgt. Die finanzielle Abgeltung der im Schulsystem erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse wird von Entscheidungen der institutionalisierten Arbeitsmarktakteure, etwa den Sozialpartnern und der Lohnpolitik, ebenso wie vom Markt bestimmt. Der finanzielle Ertrag der Ausbildung in den einzelnen Ausbildungsformen ist daher eine wichtige Information für die Bildungspolitik, da finanzielle Anreize die Nachfrage der Individuen nach den verschiedenen Ausbildungsformen wesentlich bestimmen.

In den letzten zwanzig bis dreißig Jahren waren die westlichen industrialisierten Länder gezwungen, ihre Systeme der Aus- und Weiterbildung einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen - als Antwort auf den wirtschaftlichen Strukturwandel und den alle Berufe erfassenden und durchdringenden technologischen Wandel, der u.a. eine zunehmende Fluktuation der Beschäftigung und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge haben kann.

¹ *Genauerer zu den Funktionsmechanismen einer Wissensgesellschaft, die sich fundamental von denen der Industriegesellschaft unterscheidet (steigender Grenzertrag der Wissensverarbeitung (Konsum) und -vermarktung im Gegensatz zum abnehmenden Grenzertrag der Gütererzeugung und dessen Konsum) siehe Arthur (1990) und Waldrop (1992).*

Die Bildungssysteme stehen vor komplexen Herausforderungen – einerseits werden unsere Gesellschaften immer multikultureller (angebotseitiger Wandel), andererseits werden die Anforderungen an die Menschen in der Arbeitswelt immer spezialisierter (nachfrage-seitiger Wandel). Wie also bei der Wissensvermittlung vorgehen und die Fähigkeiten vermitteln, die die Menschen in die Lage versetzen, sich laufend neu zu definieren in einer von flexibler Spezialisierung geprägten Arbeitswelt? Da das Wissen nicht nur rasch akkumuliert sondern auch in seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit kurzlebiger wird, stellt sich die Frage nach der „richtigen“ Grundausbildung und dem „adäquaten“ System der kontinuierlichen Bildung. Es gilt mittels neuer Lehr- und Lernformen, institutioneller Reformen des Bildungssystems und der Finanzierung der Weiterbildung ein inkludierendes Bildungssystem zu schaffen, in dem niemand ausgeschlossen wird. Dabei ist auf dem vorhandenen Können und Wissen aufzubauen, das nicht nur im traditionellen nationalen Erstausbildungssystem erworben wird, sondern auch grenzüberschreitend und/oder auf dem Arbeitsplatz (informelles Lernen im Weiterbildungssystem).

Die große Herausforderung der Aus- und Weiterbildungssysteme liegt darin, das Wissen und die Fähigkeiten zu vermitteln, die in einer wissensbasierten, postindustriellen Gesellschaft (Foray 2003) für die Erhaltung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sowie ihrer Arbeitskräfte (Plath 2000) von zentraler Bedeutung sind.

In der Wissensgesellschaft wird die Qualifikationsstruktur der Menschen komplexer und fragmentierter, was das Zusammenführen von vorhandenen Qualifikationen und Fähigkeiten mit den von der Wirtschaft am Arbeitsmarkt nachgefragten zu einer zunehmenden Herausforderung macht. Suchprozesse nach passenden Arbeitsplätzen und Arbeitskräften gewinnen daher an Bedeutung und bedürfen komplexer Instrumente und Technologien (Netzwerkgesellschaft) zur Steigerung der Effizienz der Vermittlung und zur Verringerung der Suchdauer (Sucharbeitslosigkeit). Der Suchprozess selbst, das Zusammenführen einer differenzierten Qualifikationsstruktur von

Arbeitskräften (Arbeitsangebot) mit einer ebenfalls komplexen Struktur von Arbeitsmöglichkeiten (Nachfrage) wird selbst zu einem Ziel der Informations- und Wissensgesellschaft. In diesem Zusammenhang gewinnt die Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens, der in internationale Rahmen wie den europäischen Qualifikationsrahmen² integrierbar ist, an Bedeutung. In einem derartigen Rahmen werden nicht nur die im Erstausbildungssystem erworbenen Qualifikationen abgebildet, sondern auch zertifizierte und/oder akkreditierte Fähigkeiten, die außerhalb des formalen Ausbildungssystems erworben wurden.

Länder, die es schaffen, die Entwicklung der Qualifikation von Angebot und Nachfrage transparent zu machen, Visionen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben und dafür die Unterstützung der Gesellschaft zu erlangen (gesellschaftliche Akzeptanz), sind für die Herausforderungen einer Wissensgesellschaft gerüstet. Wissen für alle zugänglich und finanzierbar zu machen, unter Nutzung aller Möglichkeiten der modernen Technologien, ist ein wesentliches Kriterium für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das der Garant für die Erhaltung der Wohlfahrt für alle ist. Das ist die Erkenntnis und das Ziel der Europäischen Kommission, wenn sie die Implementierung eines kohärenten Systems des lebensbegleitenden Lernens in allen EU-Mitgliedsstaaten verfolgt (EC 2001).

Demnach ist die Bildungspolitik nicht mehr auf die nationale Planung und Umsetzung zu reduzieren, sondern in einen weiteren internationalen Rahmen zu stellen. In Europa hat die EU spätestens seit 1995 (EC 1995/99) erkannt, dass nicht nur die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf breiter Ebene zu koordinieren sind, sondern auch die Bildungspolitik (Biffi 2000). Die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft, der rasche technische Fortschritt und die steigende Mobilität der Arbeitskräfte machen eine gewisse Anpassung der Bildungssysteme und eine Koordination der Bildungspolitik innerhalb eines gemeinsamen Arbeits-, Bildungs- und Sozialraums erforderlich. In der Kopenhagener Erklärung (2002) wurden konkrete Schritte der Zusammenarbeit mit dem Ziel der

² Der europäische Qualifikationsrahmen (European Qualification Framework — EQF) ist ein Instrument, das die Transparenz der Qualifikationsstruktur der Menschen innerhalb der EU erhöht, indem die Qualifikationen, die in den Bildungssystemen der einzelnen Mitgliedsstaaten erworben werden (nationale Qualifikationsrahmen), in einen europäischen Rahmen eingebunden werden. Den Kern des EQF bilden 8 Referenzniveaus, die die gesamte Bandbreite der Qualifikation von angelernter Arbeit bis zu Wissenschaft und Forschung abdecken. Siehe EK 2005 sowie bmbwk 2006

Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Berufsbildungsraums bis zum Jahr 2010 beschlossen (der Kopenhagen-Prozess), die im Kommuniqué von Maastricht (2004) noch weiter präzisiert wurden.³

Während der Kopenhagener Prozess auf die Zusammenarbeit und Koordination in der Berufsbildung abstimmt⁴, konzentriert sich der Bologna-Prozess auf die Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse in der Hochschulbildung. In der Lissabon Konvention (1997) wurde ein Übereinkommen zur Anerkennung der Qualifikationen, die im europäischen Hochschulraum erlangt werden, getroffen. In der Folge kam man in der Bologna-Erklärung (1999) überein, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen.⁵

Zur ökonomischen Bewertung von Bildung und Qualifikationen

Es gibt keine übereinstimmende Sichtweise unter den Wissenschaftlern über die Spannweite der wirtschaftlichen Erträge der Bildung einerseits und die Messmethode, die für eine Quantifizierung anzuwenden ist, andererseits. Die methodologischen Probleme ergeben sich aus der Tatsache, dass die Bildungschancen für alle Bevölkerungsgruppen nicht gleich gut sind, sondern von Faktoren wie dem sozialen Status der Eltern, den regionalen und finanziellen Schulbesuchsmöglichkeiten, dem Schultyp sowie angeborenen Fähigkeiten des Individuums abhängen. Dies sind nur einige Mechanismen, andere liegen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes und betreffen die Branche, die Betriebsgröße und die Berufe. Die Faktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite tragen dazu bei, dass die Erträge ein und derselben Ausbildung für verschiedene Individuen unterschiedlich hoch sein können (Card, 1994).

Untersuchungen in England und Irland haben gezeigt, dass eine Senkung der Ausbildungskosten im Bereich der höheren Schulen zu einer Verlängerung der Ausbildung der Kinder aus ärmeren Schichten führte. Das hatte zur Konsequenz, dass weniger begabte Kinder aus reichen Familien in der Folge von "guten" Jobs verdrängt wurden, d. h.

die Bildungsprämie (Rente), die Kinder begüterter Eltern auf dem Arbeitsmarkt erhielten, schrumpfte (Dearden, 1998, Denny - Harmon, 2000).

Einfluss auf den Bildungsertrag am Arbeitsmarkt haben unter anderem:

- die Nachfrage nach bestimmten Qualifikationen am Arbeitsmarkt (Wirtschaftsstruktur, Technologie),
- das Angebot an Arbeitskräften der verschiedensten Ausbildungskategorien,
- Mindestlohnregelung (sie können bewirken, dass die Lohnunterschiede geringer sind als im Fall freier Marktmechanismen, d. h. die Lohndifferenziale können geringer sein als die Produktivitätsunterschiede),
- der Einbindungsgrad der Berufstätigen in ein Kollektivvertragslohnsystem und der gewerkschaftliche Organisationsgrad,
- die Arbeitserfahrung (Alter, Dauer der Beschäftigung) von Arbeitskräften,
- das unterschiedliche Ausmaß von Teilzeitarbeit in den verschiedenen Ausbildungssegmenten,
- die Aufteilung der Ausbildungskosten zwischen dem Individuum, dem öffentlichen Sektor und den Betrieben.

Vor allem die Lohnunterschiede zwischen unteren und mittleren Qualifikationen sind nicht nur eine Folge relativer Knappheiten, d. h. ökonomischer Faktoren, sondern auch von sozial- und arbeitsmarktpolitischen Regelungen, insbesondere Mindestlohnregelungen. Letztere erklären einen Teil der großen Einkommensunterschiede zwischen PflichtschulabsolventInnen und AbsolventInnen mittlerer Schulen zwischen dem Vereinigten Königreich einerseits, das zumindest bis 1999, dem Jahr der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, besonders geringe Mindestlöhne gezahlt hat, und den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, andererseits, die schon längerfristig vergleichsweise großzügige Mindestlohnregelungen hatten. Löhne am oberen Ende der Ausbildung spiegeln in relativ hohem Maße Marktmechanismen wider. Österreich liegt im internationalen

³ Mehr zur offenen Koordination der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU siehe http://ec.europa.eu/education/policies/2010/et_2010_de.html

⁴ Ein Überblick über die wesentlichen Dokumente auf dem Weg zu einer akkordierten Bildungspolitik im Bereich der Berufsbildung kann von der *cedefop*-website heruntergeladen werden, darunter auch die wesentlichen Ergebnisse der Konferenz von Graz, die anlässlich der österreichischen Präsidentschaft der EU gewonnen wurden. http://www.trainingvillage.gr/etv/projects_networks/quality/key_documents.asp

⁵ Mehr zum Bologna-Prozess auf <http://www.bmbwk.gv.at/europa/bp/hochschul.xml>

Mittelfeld, zusammen mit Australien, den Niederlanden, Schweden, Dänemark und Norwegen. Merklich höher ist der Mehrertrag einer universitären Ausbildung gegenüber einer mittleren berufsorientierten Ausbildung in Finnland und den USA, gefolgt von Frankreich und dem Vereinigten Königreich sowie Deutschland und der Schweiz.⁶

Die Einkommensdifferenziale geben allerdings nur erste Anhaltspunkte über den Ertrag von Bildungsinvestitionen. Zusätzlich sind die Kosten der Ausbildungsinvestition zu berücksichtigen. Für den Staat sind die Investitionen in das Bildungssystem aus ökonomischer Perspektive dann rentabel, wenn der Barwert der erwarteten Erträge für die Gesellschaft den Barwert der erwarteten Kosten für die Gesellschaft übertrifft. Die Erträge und Kosten für das Individuum und den Arbeitgeber unterscheiden sich von der gesellschaftlichen Ertragsrate und können daher getrennt analysiert werden. Es ist aber schwierig, eine eindeutige Antwort auf die Frage der optimalen Kombination von öffentlichem und privatem Finanzierungsanteil zu finden, da es einerseits nicht einfach ist, den vollen wirtschaftlichen Nutzen von Aus- und Weiterbildung zu quantifizieren, andererseits ist eine Zuordnung auf das Individuum bzw. die Gesellschaft schwer möglich.

Für eine echte Ertragsrate müssen die Nettokosten der Verlängerung der Ausbildung dem Nettonutzen gegenübergestellt werden. Ebenso sind den direkten Ausbildungskosten noch die Opportunitätskosten hinzuzurechnen, d. h. die entgangenen Erträge infolge einer Verlängerung der Ausbildung (bei sofortiger Arbeitsaufnahme nach der Pflichtschule könnte man ja schon ein Erwerbseinkommen beziehen). Entgangene Erträge sind nicht nur ein wichtiger Bestandteil der individuellen oder privaten Bildungskosten, sondern auch der gesellschaftlichen Kosten infolge von entgangenen Steuereinnahmen und Sozialversicherungsabgaben. In einer genauen Kalkulation müsste man auch berücksichtigen, dass Individuen, die ein höheres Maß angeborener Fähigkeiten und eine größere Motivationsbereitschaft haben, d. h. die geringere Lernkosten aufweisen, eher ihre Ausbildung verlängern als lernschwache Personen. Letztere können aber höhere Löhne erzielen als weniger motivierte Personen mit gleichem

Ausbildungsgrad (Griliches, 1977). Die Erträge des Schulbesuches sind vor allem am Beginn des Erwerbslebens ersichtlich - in dieser Phase sind sie aus den unterschiedlichen Einstellungsgehältern nach Schulbildung ableitbar. Mit der Dauer der Erwerbstätigkeit übernimmt der Arbeitsmarkt in hohem Maß die Weiterbildung. Je länger man erwerbstätig ist, desto mehr wirken sich Arbeitsmarktfaktoren wie betriebsspezifische Aus- und Weiterbildung, Karrieremöglichkeiten, Phasen der Arbeitslosigkeit auf das Einkommen aus⁷.

Den analytischen Ansatz für die ökonomische Bewertung des individuellen und gesellschaftlichen Ertrags der Ausbildung lieferte Mincer (1974). Seinen Überlegungen zufolge wird in den entwickelten Industrieländern die Ertragsrate einer Verlängerung der Ausbildung über die Pflichtschule hinaus berechnet, und zwar basierend auf einer Schätzung einer „Humankapitalertragsfunktion“. Diese Funktion ist eine Lohnfunktion, in der der Stundenlohn auf die Zahl der Ausbildungsjahre (über die Pflichtschule hinaus) und die Berufserfahrung bezogen wird. Mit dieser Funktion kann der durchschnittliche finanzielle Grenzertrag einer Verlängerung der Ausbildung um ein Jahr berechnet werden.

Der Datenbedarf für die exakte Berechnung von Ertragsraten der Bildung im Lebensverlauf ist sehr groß, die Annahmen über Zinssätze sind zum Teil arbiträr, die Zuordnung der Kosten und Erträge auf die Gesellschaft einerseits und die Individuen andererseits ist schwierig, sodass eine Berechnung von wirtschaftlichen Ertragsraten der einzelnen Bildungskategorien mit großer Unsicherheit behaftet ist. Innerhalb gewisser Bandbreiten können aber Anhaltspunkte für die relativen Ertragsraten der verschiedenen Ausbildungsformen gewonnen werden. Ein internationaler Vergleich kann des Weiteren Aufschluss über die relative Positionierung eines Landes im Vergleich zum Ausland liefern.

Internationalen Studien zufolge variierten die Ertragsraten einer Verlängerung der Schulbildung über die Pflichtschule hinaus in den entwickelten Industrieländern in den 1990er Jahren zwischen 3%

⁶ Genaueres hierzu in Biffi 2002 und in OECD 2000.

⁷ Das WIFO hat Daten über die Entwicklung der Einstellungslöhne nach Ausbildungsformen in den 90er Jahren analysiert (Biffi 2002). Alternative Methoden der Berechnung von Bildungsertragsraten in Österreich wendeten Alteneder et al. (1997), Fersterer und Winter-Ebmer (2002), sowie Mitter et al. (1994) an.

(Schweden, Dänemark - Frauen) und 14% (Irland, USA, Großbritannien). Für einen Großteil der Länder, darunter auch Österreich, liegen die durchschnittlichen Ertragsraten der Schulbildung zwischen 5 und 8% (OECD 2006/07). Der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist bei der Mehrzahl der Länder vernachlässigbar gering. Wenn es unterschiedliche Bildungserträge nach Geschlecht gibt, können sowohl Faktoren im Ausbildungsbereich als auch im Beschäftigungsbereich dafür verantwortlich sein (Segmentation der Bildung und/oder der Beschäftigung nach Geschlecht).

Während in Amerika mit über 10% hohe Renditen auf Humankapitalinvestitionen erzielt werden, liegen die Erträge der Schulbildung in den skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) mit 5% und darunter am unteren Ende der Skala. Dies lässt auf eine flache Lohnstruktur in den nordischen Ländern schließen und eine breite Lohnspreizung in den USA. Den internationalen Studien zufolge gehört Österreich zu jenen europäischen Ländern, in denen schulische Ausbildung gut honoriert wird, insbesondere Matura. Die lange Studiendauer ist in Österreich ein wesentlicher Grund dafür, dass der Grenzertrag der Universitätsausbildung im Vergleich zur oberen Sekundarstufe vergleichsweise gering ist.

Lohnabschläge bei Über- und Unterqualifikation

Hartog (2000) weist darauf hin, dass zwischen den Qualifikationen, die das Schulsystem vermittelt und den Qualifikationen, die am Arbeitsmarkt nachgefragt werden, eine Kluft entstehen kann. Zu jedem Zeitpunkt gibt es eine gewisse Diskrepanz (Mismatch) zwischen den qualifikationsspezifischen Anforderungen eines Jobs und den Kenntnissen der Beschäftigten. Auch wenn man annimmt, dass es einen gewissen Spielraum zwischen den in der Schule erlernten und den am Job benötigten Qualifikationsanforderungen gibt, d. h. eine gewisse Substituierbarkeit von Personen gibt, die verschiedene Ausbildungswege absolviert haben, kann es im Laufe der Zeit zu einer zunehmenden Diskrepanz zwischen erlernten und vom Markt nachgefragten Kenntnissen kommen. Die Kenntnisse, die von den Schulen

vermittelt werden, verlieren infolge des technischen Fortschritts ihre Relevanz. Auch der demographische Strukturwandel kann zu einem Auseinanderlaufen der vorhandenen und der für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit gebrauchten Qualifikationen in einer Gesellschaft führen. In der Folge kann sich ein gewisses Maß der Über- und Unterqualifikation herausbilden. Überqualifizierung besteht, wenn die tatsächlichen Kenntnisse im ausgeübten Job nicht zur Gänze genutzt werden. Bei Unterqualifizierung ist das Gegenteil der Fall, d. h. die Kenntnisse reichen nicht aus, um alle Jobanforderungen abdecken zu können.

Empirischen Ergebnissen zufolge müssen unterqualifizierte Personen einen Lohnabschlag gewärtigen, da sie für den Job nicht ausreichend qualifiziert sind. Aber auch Personen, die für ihren Job überqualifiziert sind, müssen mit einem geringeren Lohn rechnen, als ihrer Qualifikation entspräche. Der Lohnabschlag ist geringer für Unterqualifizierung als für Überqualifizierung. Das Ausmaß der Über- und Unterqualifizierung der Arbeitskräfte verringert sich mit steigender Arbeitserfahrung. Das ist darauf zurückzuführen, dass Arbeitskräfte, die für ihren Job überqualifiziert sind, häufig den Job wechseln, bis die eigenen Fähigkeiten mit den Anforderungen des Jobs übereinstimmen (lohnmaximierendes Mobilitätsverhalten). Im Fall der Unterqualifizierung hingegen bleibt der Beschäftigte meist im selben Unternehmen, wo er in den Bereichen, für die die Kenntnisse nicht ausreichen und die für den Betrieb wichtig sind, vom Unternehmen ausgebildet wird.

Die Mismatch-Literatur sieht das Ausbildungssystem als ein Element des wirtschaftlichen Produktionsprozesses, in dem ökonomisch definierte Produktivitäts- und Effizienzüberlegungen dominieren. Der soziale Aspekt und der Konsumcharakter der Bildung bleibt darin außer Betracht.

Kosten-Nutzen Überlegungen

Den Berechnungen der wirtschaftlichen Erträge der Bildung liegen auch die Kosten der Ausbildung zugrunde. Nicht zuletzt der

zunehmende Druck auf die öffentlichen Budgets rückt Analysen der Kosten des Bildungssystems, und damit der Effizienz der Wissensvermittlung, ins Zentrum internationaler Forschung (OECD 1998, OECD 1999, Heijke 1998). Die Steigerung der Effizienz der Bildungssysteme, d.h. die Verringerung der Bildungskosten ohne Qualitätseinbußen in der Ausbildung, ist zunehmend eine bildungs- und budgetpolitische Herausforderung der entwickelten Industrieländer.

Österreich gibt im internationalen Vergleich relativ viel für das Bildungssystem aus. Im Jahr 2004 lagen die Ausgaben des öffentlichen Sektors für Bildungseinrichtungen bei 5,4 % des BIP, und lagen damit im Schnitt der OECD-Länder und gleich hoch wie in den USA. Deutlich darüber lagen nur Dänemark, Korea, Norwegen, Schweden und Island. Merklich unter dem Schnitt lagen Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Japan, Irland und Belgien. Die überdurchschnittlichen Bildungsausgaben Österreichs fallen im Wesentlichen im Bereich der Pflichtschule an (Primär- und unterer Sekundarbereich). Die Ausgaben gemessen am BIP liegen im Tertiärbereich mit 1,4 % des BIP leicht (0,1 Prozentpunkt) über dem OECD-Schnitt, der Output im Sinne von AbsolventInnen des Universitätssystems liegt allerdings deutlich unter dem OECD-Schnitt.

Die vergleichsweise hohen Kosten der Ausbildung in Österreich sind nicht die Folge überdurchschnittlicher Löhne des Lehrpersonals. Österreichs Lehrergehälter im Verhältnis zum BIP pro Kopf liegen nur leicht über dem Ländermittel der OECD. Jedoch sind die Unterrichtszeiten pro Lehrer im Vergleich zum Ausland relativ gering. Ein weiterer wichtiger Kostenfaktor ist die relativ geringe Zahl der SchülerInnen je Lehrer in den Pflichtschulen (Vollzeitäquivalente). Da die Förderung von Volksschulkindern die wichtigste Voraussetzung für gleiche Bildungschancen in der weiteren Schulkarriere ist, trägt dieses Faktum gleichzeitig zu dem guten Abschneiden der österreichischen Pflichtschüler im internationalen Vergleich (OECD 2001/2006) bei.

Der Grad der Heterogenität einer Gesellschaft aus kultureller, sprachlicher, sozioökonomischer und räumlicher Sicht ist eine

Herausforderung für jedes Bildungssystem und trägt zur Erklärung der Unterschiede in den Leistungen der Schüler und Schülerinnen innerhalb eines Landes bei.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen für Österreich

Der wirtschaftliche und berufliche Strukturwandel, der in Österreich spätestens in den frühen 1980er Jahren Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterließ, führte in Österreich, im Gegensatz zu den anderen Ländern, nicht zu einem Umdenken in der Bildungspolitik. Das dürfte zum Teil eine Folge der starken Berufsorientierung der Ausbildung sein, die einem relativ reibungslosen Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt förderlich ist; zum Teil dürfte es aber auch das Resultat des Ausbaus von Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitskräfteangebots von älteren Arbeitskräften in den 1980er Jahren gewesen sein. Dadurch wurden das wahre Ausmaß und die Dynamik des Strukturwandels am Arbeitsmarkt lange nicht sichtbar. Erst aus der Erkenntnis heraus, dass die geringen Beschäftigungsquoten älterer Arbeitskräfte in Österreich langfristig nicht aufrecht zu erhalten sind, wird der Qualifikation der älteren Arbeitskräfte zunehmend Augenmerk geschenkt. In einem System der lebensbegleitenden Weiterbildung wird eine Lösung für die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte gesehen.

Weiters wird immer deutlicher, dass auch das System der Erstausbildung unter Anpassungsdruck kommt. Das österreichische Bildungssystem selektioniert nämlich nicht nur früher als im Ausland und nicht nur nach 'Begabungen' und 'Fähigkeiten', sondern vor allem auch nach sozialer Herkunft. Das hat zur Folge, dass die Höherqualifizierung der Jugend einerseits infolge einer starken Zuwanderung von Familienangehörigen der GastarbeiterInnen und der Flüchtlinge in den 1990er Jahren vergleichsweise schleppend vonstatten ging. Andererseits trägt die Zugangsschranke für AbsolventInnen mittlerer Schulen und der Lehre zu höheren Schulen und Universitäten zu einer vergleichsweise rigiden Bildungs- und Berufsstruktur der Erwerbsbevölkerung bei. Zwar wurde mit dem Berufsreifepflichtgesetz eine wesentliche

Weichenstellung für die Entwicklung eines institutionellen Rahmens vorgenommen, die die Höherqualifizierung erleichtert. Jedoch stellen die zum Teil erheblichen Kosten für die Weiterbildung, die im Wesentlichen vom Individuum zu tragen sind, eine anhaltende Barriere für die Weiterbildung ärmerer Bevölkerungsschichten dar. Die Einkommenschancen verbessern sich angesichts eines vergleichsweise geringen Lohndifferentials in diesem Qualifikationssegment kaum, sodass kein großer Anreiz zur Höherqualifizierung besteht. Da vor allem die Gesellschaft aus der allgemeinen Höherqualifizierung profitiert, wäre die Einführung des Rechtsanspruchs auf eine Ausbildung bis zum Maturaniveau ökonomisch sinnvoll.

Ein Erstausbildungssystem, das auch die Erwachsenenbildung einbindet, würde eine raschere Anpassung der Qualifikationen an den geänderten Bedarf erlauben.⁸ Es würde auch dem Arbeitsmarkttrend zu stärkerer Spezialisierung entgegenkommen, da es rascher und flexibler auf Änderungen der Anforderungsprofile reagieren könnte (Bausteinsystem). Ein flexibles Aus- und Weiterbildungssystem, das nach einem Bausteinsystem aufgebaut ist, das sowohl nach Berufen als auch innerhalb der Berufe nach Bildungsgraden unterscheidet, sollte die Kenntnisse, die im Berufsleben erworben wurden, zertifizieren und einbauen. Ein derartiges System würde auch die berufliche Integration und Weiterbildung von MigrantInnen erleichtern und beschleunigen, da der Umweg über das Nachholen von Abschlüssen des Erstausbildungssystems wegfiel.

Der hervorstechendste Unterschied zwischen Österreich und den nordischen Ländern, Holland und dem Vereinigten Königreich ist wohl der, dass letztere bereit waren, ein verhältnismäßig großes Maß an Ressourcen (Geld, Forschung) bereit zu stellen und einen hohen Reformwillen an den Tag zu legen, um ihre Bildungsstrukturen nachhaltig zu verändern. Die wirtschaftlichen Erfolge und der starke Rückgang der Arbeitslosigkeit legen nahe, dass sie den richtigen Weg eingeschlagen haben.

⁸ Genaueres dazu sowie best-practice Beispiele siehe Biffi & Lassnigg 2007.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Gudrun Biffi
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Literaturangaben

- Alteneder, W., Révész, S., Wagner-Pinter, M.*, 1997, Einkommenschancen im Lebensverlauf, Karrieren im Bundesverwaltungsdienst und in der Privatwirtschaft für den Berufseintrittsjahrgang 1975, Studie der Synthesis Forschungsgesellschaft im Auftrag des BMF, Wien.
- Arthur, B.*, 1990, Positive Feedbacks in the Economy, *Scientific American*, February, S. 80-85.
- Becker, Gary*, 1964, *Human Capital*, Columbia University Press, New York.
- Biffi, Gudrun*, 2002, Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung, WIFO-MB 75(6).
- Biffi, G.* (2000), Beschäftigungspolitik in Österreich vor dem Hintergrund einer Europäischen Beschäftigungspolitik. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2000, 29 (3). S. 299-314.
- Biffi, G., Lassnigg, L.* 2007, Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen: Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr 102, AK-Wien.
- Blöndal, Sveinbjörn, Girouard, Nathalie*, 2001, Investment in Human Capital through Post-compulsory Education and Training, ECO/CPE/WP1(2001)12, OECD, Paris.
- BMBWK*, Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF), 2006, http://eu2006.bmbwk.gv.at/bildung_qualifikationsrahmen.htm.
- Card, D.*, 1994, Earnings, Schooling and Ability revisited, NBER (Cambridge, MA) Working Paper Nr. 4832.
- Dearden, Lorraine*, 1998, Ability, Families, Education and Earnings in Britain, The Institute for Fiscal Studies, Working Paper 98/14.
- Denny, Kevin, Harmon, Colm*, 2000, Education Policy reform and the return to schooling from instrumental variables, The Institute for Fiscal Studies, Working Paper 00/7.
- EC*, 1995, Teaching and Learning: Towards the Learning Society, EU-White Paper, Luxembourg.
- EK*, 1995, Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg.
- EK*, 1996, Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg.

- EK, 2001, Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2001, KOM(2001)438, Brüssel.
- Erklärung von Kopenhagen, Declaration of the European Ministers of Vocational Education and Training and the European Commission*, convened in Copenhagen on 29 and 30 November 2002, on enhanced European cooperation in vocational education and training, 2002, http://ec.europa.eu/education/copenhagen/copenhagen_declaration_en.pdf
- Europäische Kommission*, Auf dem Weg zu einem europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen; SEK, 2005, 957, http://eu2006.bmbwk.gv.at/downloads/bildung_eqf.pdf.
- Eurydice*, 2001, Schlüsselthemen im Bildungsbereich, Band 1: Ausbildungsförderung für Studierende an Hochschulen in Europa, EK, Brüssel, Luxemburg.
- Fersterer, Josef, Winter-Ebmer, Rudolf*, 2002, Erträge der Schulbildung in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Sekundarstufe II, in Kosten-Nutzenanalyse des Bildungssystems am Beispiel der Sekundarstufe II, Teil A: Österreich, WIFO-Studie im Auftrag des BMBWK, Wien.
- Foray, D.*, Innovation in the knowledge-based economy; implications for education and learning systems, OECD, Directorate for Education, Centre for Educational Research and Innovation, 2003.
- Gradstein, Mark, Justman, Moshe*, 2000, Human Capital, Social Capital and Public Schooling, *European Economic Review* 44: 879-890.
- Griliches, Zvi*, 1977, Estimating the returns to schooling: some econometric problems, *Econometrica*, 45(1), S. 1-22.
- Heijke, Hans, Borghans, Lex*, 1998, Investing in Education, in: Towards a Transparent Labour Market for Educational Decisions, Heijke & Borghans (Eds.), Ashgate Publ., Vermont.
- Lissabon Konvention*, Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region, Konvention des Europarates und der UNESCO, 1997, Nr. 165, <http://www.crus.ch/deutsch/enic/lissabon/Lissab.html>
- Mitter, P., Alt, R., Wolf, I., Wolf, W., Zolles, K.*, 1994, Lebenseinkommen und Lebenseinkommensverläufe von Akademikern, Studie des IHS im Auftrag des BMWF, Wien.
- OECD*, 1998, Human Capital Investment, An International Comparison, CERI, Paris.
- OECD*, 1999, Preparing Youth for the 21st Century: The Transition from Education to the Labour Market, Paris.
- OECD*, 2000, Education at a Glance, OECD Indicators, CERI, Indicators of Education Systems, Paris.
- OECD*, 2001, Knowledge and Skills for Life, First Results from PISA 2000, Programme for International Student Assessment, Paris.
- OECD*, 2006, Education at a Glance, Paris.
- OECD* 2007, Education at a Glance, Paris.
- Plath, H.-E.*, Arbeitsanforderungen im Wandel, Kompetenzen für die Zukunft - Eine folgenkritische Auseinandersetzung mit aktuellen Positionen, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2000, Jg. 33, Heft 4.
- Waldrop, Mitchell M.*, 1992, Complexity, the Emerging Science at the Edge of Order and Chaos, Simon - Schuster.

Die Jagd ohne Grenzen...? ¹

Ich möchte drei Themen in den Vordergrund stellen:

1. Was wissen wir von der Forschung her (nicht) über den Zusammenhang von Bildung und Arbeitsmarkt?
2. Welche Hauptdiskussionenpunkte gibt es über diesen Zusammenhang im österreichischen Bildungs- und Beschäftigungssystem?
3. Welche politischen Schlussfolgerungen und Prioritäten können wir aus diesen Überlegungen und Befunden ziehen?

1. Zum Zusammenhang von Bildung und Arbeitsmarkt

Es gibt viele stilisierte Befunde über den positiven Beitrag von Bildung zur wirtschaftlichen Entwicklung auf aggregierter und auch individueller Ebene: das Wirtschaftswachstum wird durch Bildungsinvestitionen und durch Bildungsqualität gefördert, weitergehende Bildungsabschlüsse bringen höhere Einkommen und geringere Arbeitslosigkeit, und sie erhöhen die Produktivität. Es gibt auch einen positiven Beitrag der wirtschaftlichen Entwicklung für Beschäftigung und Arbeitsmarkt, wenn dieser auch teilweise von gegenläufigen Faktoren (Rationalisierung, Verlagerungen) überlagert wird („positive Beschäftigungselastizität von Wachstum“). Es ist klar, dass Bildung einen wichtigen

Angebotsfaktor darstellt, als politisches Problem stellt sich seine effektive und effiziente Gestaltung.

Viel weniger klar ist jedoch die direkte Wirkung von Bildung auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt, allgemein wie auch in einem spezifischen nationalen oder regionalen Kontext. Vor allem zwei Problemkreise sind hier für die weiteren politischen Diskussionen und Schlussfolgerungen von wesentlicher Bedeutung:

Erstens wirken – abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung – neben den Effekten von Bildung eine Reihe von anderen strukturellen Faktoren auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt, die teilweise sowohl analytisch als auch wirtschaftspolitisch viel besser untersucht sind (u.a. die Gestaltung des Steuer- und Wohlfahrtssystems; Mobilität am Arbeitsmarkt; aktive Arbeitsmarktpolitik zur Vermeidung von Verfestigung von Arbeitslosigkeit; Grad des Wettbewerbs unter den Firmen; langfristige Realzinsen). Hier konkurrieren Interventionen in das Bildungswesen mit verschiedensten allgemeineren wirtschaftspolitischen Maßnahmen, insbesondere das „goldene Dreieck“ von Flexicurity steht zur Diskussion: flexible Beschäftigung, generöse soziale Absicherung, Aktivierung. Hier wird der zweite Eckpunkt, die

¹ Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Dr. Lorenz Lassnigg. Die vollständige Präsentation finden Sie auf www.dialog-forum.eu

generöse soziale Absicherung gerne durch Bildungsförderung bzw. –anreize ersetzt.

Zweitens sind die allgemeinen positiven Zusammenhänge zwischen Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung für politische Schlussfolgerungen irreführend, da sich daraus nur eine allgemeine Erhöhung der Bildungsausgaben ergibt, die jedoch im Speziellen keine gesicherte Wirksamkeit hat. Drei Fragen stellen sich mit Blick auf die österreichische Situation: (1) Wie effizient werden die öffentlichen Bildungsausgaben eingesetzt? (2) Wie wirkt sich die Verteilung zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen (von der Frühförderung bis zur Erwachsenenbildung) aus? (3) Welche Rolle spielt die berufsfachliche Spezialisierung für den Arbeitsmarkt? In der Tendenz gibt es zu diesen Fragen Antworten, die in einem Spannungsverhältnis zum österreichischen institutionellen Gefüge stehen: Die Effizienz der Bildungsausgaben hängt von der institutionellen Gestaltung des Bildungswesens ab; je früher die Investitionen ansetzen, je effizienter sind sie; Hochschulbildung hat wirksamere Effekte als spezialisierte Berufsbildung.

2. Hauptdiskussionenpunkte über Bildung und Arbeitsmarkt in Österreich

Teilweise verbunden mit den genannten allgemeinen Fragen können für Österreich folgende wichtige Diskussionenpunkte identifiziert werden:

Erstens ist in Österreich die mittlere Berufsbildung stark und die Hochschulbildung schwach ausgeprägt. Dies führt immer wieder zur bekannten Kritik der OECD an den niedrigen AkademikerInnenquoten, und auch zum beklagten Mangel an technisch-naturwissenschaftlichen AbsolventInnen. Auf der anderen Seite wird betont, dass die mittlere Bildung in Österreich, insbesondere die BHS und die Lehrlingsausbildung funktionale Äquivalente zur Hochschulbildung in anderen Ländern wären. Dies geht jedoch über den Status von Behauptungen nicht hinaus, und die verfügbaren Befunde sind unzureichend und teilweise widersprüchlich. Die zentrale Frage ist hier m.E. die nach der

Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft und der Notwendigkeit und der Möglichkeiten ihrer Steigerung. Die Frage ist hier, inwieweit der Verweis auf die immer wieder erfolgreiche Performance auf Kosten der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit geht. Hier geht es auch um die Abwägung der verschiedenen Einflussfaktoren (s.o. 1. erstens).

Zweitens gibt es seit langem Diskussionen über die Rolle und Zukunftsträchtigkeit der Lehrlingsausbildung. Offensichtlich bestehen Probleme am Lehrstellenmarkt, und auch zur Beschäftigung der AbsolventInnen gibt es teilweise nicht besonders ermutigende, wenn auch viel weniger klare Befunde. Es gibt eine Diskussion über die Zukunft der Lehrlingsausbildung, die stärker auf Basis von empirischen Befunden geführt werden sollte: für welche Wirtschaftsbereiche ist die Lehrlingsausbildung geeignet? Wie zukunftsträchtig ist die Ausbildung für die AbsolventInnen? Wie effektiv sind die öffentlichen Investitionen in die Lehrbetriebe im Hinblick auf private und soziale Erträge? Ein wichtiger Gesichtspunkt ist die Rolle der Lehrlingsausbildung bei der Bekämpfung von Übergangsproblemen und Jugendarbeitslosigkeit. Welche positiven Effekte sind längerfristig zu verzeichnen? Wie weit sind andere Maßnahmen erforderlich bzw. sinnvoller (z.B. individuelle Verträge in Verbindung mit sozialer Absicherung)?

Drittens gibt es eine Diskussion über die Gewichtung bildungspolitischer Zielsetzungen und damit zusammenhängend der Bildungsausgaben. Hier geht es stark um normative Fragen: Wie stark soll die „Ökonomisierung“ des Bildungswesens ausgeprägt sein? Wie weit ist Effizienz ein legitimes Maß im Vergleich zu anderen Zielsetzungen?

Es gibt aus vergleichenden Studien Hinweise, dass die durchschnittlichen Leistungen des Bildungswesens mit zu hohen Kosten erbracht werden. Es gibt Hinweise, dass die Selektivität hoch und sozial ungerecht ist. Es gibt Hinweise, dass die interessenspezifische Treffsicherheit der Berufsbildung gering ist.

Viertens ist die Gewichtung zwischen Erst- und Weiterbildung und die Gestaltung des lebensbegleitenden Lernens immer wieder ein

Diskussionspunkt. Auch hier sind die vorhandenen Befunde widersprüchlich und unzureichend für eine Entscheidung der diskutierten Fragen: Wie weit ist der Bildungsmarkt und die Arbeitsmarktpolitik ausreichend, bzw. wie weit muss es eine verstärkte öffentliche Intervention im Bereich der Erwachsenenbildung geben? Wie sollte diese aussehen?

3. Politische Schlussfolgerungen und Prioritäten

Ausgehend von den angeführten Überlegungen wäre zu den Fragen für das Dialogforum Folgendes zu sagen:

- Wachstumsbeitrag von Bildung und Qualifikation?
Ob der wirtschaftliche Beitrag des österreichischen Bildungswesens befriedigend eingeschätzt wird, hängt von den Standpunkten und Erwartungen der Betrachter ab. Die verfügbaren empirischen Befunde sind nicht ausreichend. Von stark innovationsorientierten Ansätzen her ist die vorhandene Struktur nicht befriedigend, von mehr traditionellen Betrachtungsweisen wird die Struktur verteidigt. Die Effizienz der Ausgaben für Erstausbildung wird ziemlich einhellig bezweifelt.
- Flexibilität, Arbeitsmarktgängigkeit, Mismatch?
Zu diesen Fragen liegen zweifelsfrei keine ausreichenden empirischen Informationen vor. Die Flexibilität wird stark von den Individuen getragen, es gibt Hinweise auf Insider-Outsider-Probleme. Verschiedene Anhaltspunkte zu Mismatch geben kein besonders gutes Bild.
- Good practice Beispiele?
Aufgrund der Komplexität der Bildungssysteme sind übertragbare Beispiele mit größter Vorsicht zu genießen. Studierenswert sind vermutlich die regionalen Bildungszentren (ROCs) in NL, die Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche in DK, die regionalen Dienste der Polytechnics in SF, die Adult Education Initiative in S, und die Elite-Universitäten in aller Welt.

- Arbeitsmarktausbildung?
Die Arbeitsmarktausbildung wäre rigorosen Evaluierungen zu unterziehen, und es erscheint eine klarere Einbindung in eine LLL-Strategie erforderlich, so dass Förderungen an der Schnittstelle von Arbeitsmarktpolitik, Erwachsenenbildung und Bekämpfung von Ausgrenzung besser abgestimmt werden können.
- Reformbedarf?
Der dringendste Reformbedarf im Hinblick auf die Beziehung Bildung-Arbeitsmarkt besteht m.E. in einem Monitoring der Übergänge von der Erstausbildung und in übergreifenden strategischen Überlegungen zur Entwicklung des Systems der Berufsbildung und Einschluss der Hochschulbildung. Bisher fehlt eine derartige Gesamtperspektive. Dabei ist insbesondere die demografische Entwicklung (Geburten und Migration) zu berücksichtigen.
- Lehrlingsausbildung, Modularisierung?
Im Bereich der Lehrlingsausbildung sind die Ergebnisse und Thesen aus der Schweiz interessant, denen zufolge die Lehrlingsausbildung v.a. dann funktioniert, wenn es ausreichende Erträge gibt. Dies widerspricht der österreichischen Strategie der öffentlichen Förderung ohne entsprechend auf die Wirkungen zu achten. Auch die Zerlegung durch Modularisierung in kürzere Einheiten würde dieser Strategie widersprechen, da sich dies zwar auf die Verminderung der Kosten auswirkt, aber auch die potentiellen Erträge reduziert. Die österreichische Berufsbildung ist auf langen Ausbildungsgängen aufgebaut, die vermutlich einerseits positive Anreizwirkungen haben, andererseits aber auch die Abbrüche und Drop-outs erhöhen. Wichtig wäre in diesem System jedenfalls die Ermöglichung der Anerkennung und Validierung von informell und nicht formal erworbenen Kompetenzen.

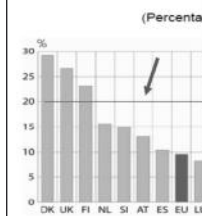
Dr. Lorenz Lassnigg
Institut für Höhere Studien

Die Jagd ohne Grenzen ...???

Kommentar zu Gudrun Biffi

Lorenz Lassnigg
(lassnigg@ihs.ac.at, www.equi.at)
Beitrag zum
"Dialogforum Hirschwang"
24.6.2008, Reichenau

Beteiligung: TeilnehmerInnen Erweiterung auf 20%



EU-Indikator: ca. 630.000 ~ Jahresbeteiligung 1,4 Mio
Steigerung auf 20%
EU-Indikator: ca. 900.000 ~ wäre Äquivalent von 2 Mio

Wäre zusätzlich eine Beteiligung von
+ 300.000 bis 600.000 Personen

Kursstunde: 10 - 20 EUR, Umfang ca. 20 Std./TN
200 - 400 EUR pro zusätzlicher Person

+ 60 bis 240 Mio EUR (+ 20% bis 80% öffentl.Ausg.)
Aufteilung? 1/3: + 20 bis 80 Mio EUR (+10% bis 30%)

	EU27	BE	BG	...														
2006	9.6	7.5	1.1	...														
	MT	NL	AT	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	UK	HR	TR	IS	LI	NO	JP	US
2006	5.5	15.6	13.1	4.7	3.8	1.3	15.0	4.3	23.1	...	26.6	16.7

Data source: Eurostat (EU Labour Force Survey) From 2006, this indicator is based on the annual averages of the quarterly data.

Additional notes:
- Due to introduction of harmonised concepts and definitions in the survey, there are breaks in the time series for: CZ, DK, EL, FR, IE, CY, LU, HU, AT, SI, SK, FI, SE, IS, NO (2003), BE, LT, MT, PL, PT, RO (2004) and ES (2005).
- BE, LT, PT, UK: Provisional data.

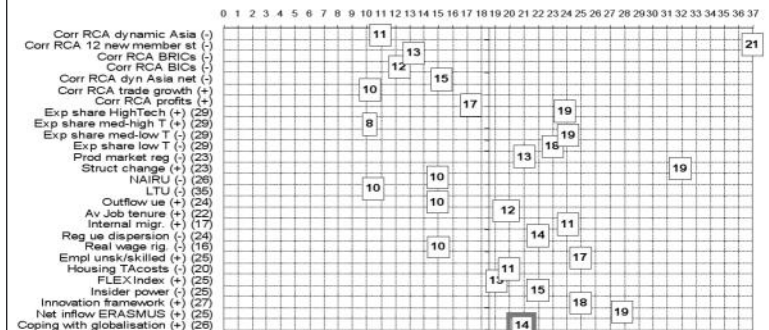
Themen und Fragen, wenn man „wirklich“ diskutieren will...

- Ein kleines Land in der globalen Dynamik... Fragen/Thesen
 - Arbeitsmarkt mit Schranken! – Wie lange noch? Wie sinnvoll?
 - Bildung „World Education Market“ WEM & GATS - Bedeutung für uns?

Brain Drain / Brain Gain > Ausland ↔ „Besenstammer“, Migration → Dequalifizierung
Hochschulbildung „Weltklasse“ und Export/Import > Wo ist sie? / Export möglich?
Berufsbildung Kompetenzprofil und Durchlässigkeit > „Nothing fails like success“?
Allgemeinbildung: Gerechtigkeit und Effizienz > Ungerechtigkeit und Ineffizienz!
Erwachsenenbildung/Weiterbildung Beteiligung und Förderung > Strategie?

Position Österreichs in der Globalisierung

Globalisierung Rang Österreichs von 37 Ländern
(Quelle: Rae/Sollie 2007)



Position Österreichs in der Globalisierung

In einem neueren OECD-Papier (Rae/Sollie 2007) findet sich eine umfassende Einschätzung von 16 bis 37 Ländern auf 26 Indikatoren aus den verschiedensten Bereichen wie Marktstruktur, technologischer Gehalt der Exporte, Arbeitsmarkt und Arbeitsorganisation, Innovation, etc. Es wird ein Summenindikator konstruiert, auf dem Österreich an 14. Stelle von 26 Ländern – also im Mittelfeld – liegt. Die Übersicht dokumentiert die Stellung auf den einzelnen Indikatoren, wobei die österreichische Position meistens im 2. und 3. Viertel der Rangverteilung liegt. Grob ergibt sich ein Bild demzufolge die Markt- und Produktstruktur sowie die Arbeitsmarkt und Lohnsetzungsvariablen eher im günstigeren Bereich liegen, die Technologien, sowie die anderen institutionellen Variablen wie Innovation, Flexibilität, Wohnungsmärkte eher im ungünstigen Bereich liegen. Auf zwei Indikatoren (Geschwindigkeit des Strukturwandels; 19 von 23; und Ähnlichkeit der Marktstruktur mit den neuen Mitgliedsländern: 21 von 21) liegt Österreich am Ende der Rangfolge. Dies verweist auf ein spezielles Problem, indem möglicherweise der große wirtschaftliche Erfolg in den neuen Mitgliedsländern der österreichischen Wirtschaft Innovationsprozesse vorübergehend „erspart“ hat, die in naher Zukunft aufgrund der Entwicklung in diesen Ländern umso dringlicher werden könnten. Allein auf die einfachen wirtschaftlichen Indikatoren wie Wachstum, Produktivität, Arbeitslosigkeit zu schauen kann daher irreführend sein.

Erläuterungen:

RCA-Indikatoren: Ähnlichkeit der Marktstrukturen mit verschiedenen Weltregionen

Exp.share: Anteil verschiedener Technologien am Aussenhandel

(+), (-) gibt die Richtung der Rangplätze bei den Indikatoren an: (+) = hoher Wert vorne, (-) = niedriger Wert vorne

(Zahl in Klammer bei Indikatoren) gibt die Zahl der jeweils erfassten Länder an, der Rangplatz bei diesen Indikatoren wurde im absoluten Wert eingetragen, die visuelle Positionierung erfolgt jedoch immer proportional zur Gesamtheit von 37 Ländern (z.B. Rang 21 unter 21 Ländern entspricht Rang 37 unter 37 Ländern, oder Rang 19 unter 26 Ländern entspricht Rang 24 unter 37 Ländern)

Quelle: Rae D / Sollie M (2007) Globalisation and the European Union: which countries are best placed to cope? Economics Department Working Paper No.586. ECO/WKP(2007)46. Paris: OECD.

“Weltklasseuniversität” ?

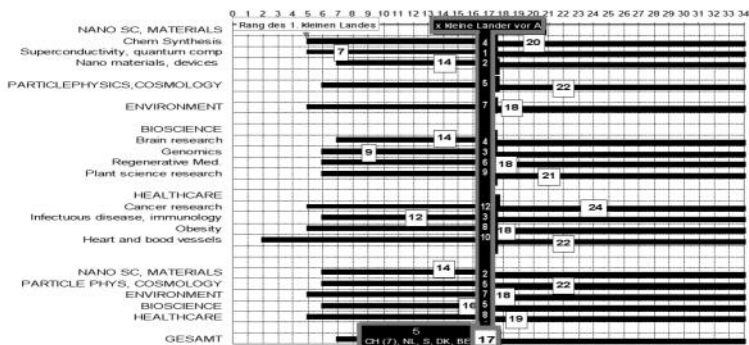
Im Bereich der Innovation spielt das Wissenschaftssystem eine zentrale Rolle, insbesondere wenn es um die Kreation von Innovation (im Unterschied zur Diffusion) geht. Um dieses ist es im Vergleich jedoch nicht allzu gut bestellt, der Abstand zur „Weltklasse“ ist beträchtlich. Eine international vergleichende Zitationsstudie im Rahmen der OECD (Igami/Saka 2007) über einige Teilbereiche der Naturwissenschaft über 34 Länder ergibt für Österreich den kumulierten 17. Rang, mit 5 kleinen Ländern an besseren Rangplätzen (Schweiz an der Spitze mit dem 7. Rang, weiters Niederlande, Schweden, Dänemark, Belgien; vgl. die Übersicht im Anhang). Österreich ist in zwei Teilbereichen an vorderen Rängen (Superconductivity: 7 und Genomics: 9), aber nirgends an der Spitze, es liegen in den verschiedenen Teilbereichen 1 bis 12 (Cancer Research) kleine Länder vor Österreich.

Ähnliche Studien des FWF kommen zu entsprechenden Ergebnissen:
http://www.fwf.ac.at/de/downloads/pdf/der_wettbewerb_der_nationen.pdf
http://www.fwf.ac.at/de/downloads/pdf/FWF-Zitationsanalyse_1997-2006.pdf

Igami M / Saka A (2007) Capturing the evolving nature of science, the development of new indicators and the mapping of science. STI Working Paper 2007/1. DSTI/DOC(2007)1. Paris: OECD.

“Weltklasseuniversität” ?

Österreichs Anteil an “core papers”: Rang unter 34 Ländern
(Quelle: Igami/Saka 2007)



Die Jagd nach der richtigen Bildung

Gute Bildung ist unvermindert zentral für eine gute Positionierung von ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt. Eine Reihe von Untersuchungen (Biffi 2007; Mesch 2007; Prenner 2005) weisen darauf hin, dass sich der Trend zur Nachfrage nach hoch qualifizierten FacharbeitnehmerInnen weiter verstärkt; Ausbildung und Qualifizierung im Arbeitsleben weiter an Bedeutung gewinnen.

Bereits traditionell kommt einer guten Erstausbildung – soll heißen: hohe einschlägige fachliche Kompetenz, gutes Allgemeinwissen und breite Persönlichkeitsbildung – eine sehr hohe Bedeutung zu, da hier der Grundstein liegt für stabile Beschäftigungsverhältnisse mit Aufstiegs- und Einkommenschancen sowie individuell mitbestimmte Mobilität am Arbeitsmarkt. Zu wenig Beachtung findet im öffentlichen Diskurs weiterhin das Gewicht, das Weiterbildung - Lebensbegleitendes Lernen im Arbeitsleben für eine gute Positionierung von Erhalt des Arbeitsplatzes bis hin zur Verbesserung der Position einnimmt.

Österreichs Bildungswesen ist höchst selektiv und eröffnet Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten nur geringe Chancen zum Bildungsaufstieg. Es liegt an der Art und Weise wie Schule organisiert ist, dass Kinder und Jugendliche ohne ausreichende externe Unterstützung (Bildungsstand der Eltern, Geld für Nachhilfe) ohne Perspektive aus der Wunschausbildung rausfallen; ihr Potential brach liegen bleibt. Gleichzeitig bleibt das Schulwesen vielfach hinter den Erwartungen des Arbeitsmarktes weit zurück.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass es in Österreich ungewöhnlich schwierig ist, Versäumtes nachzuholen. Formale Abschlüsse außerhalb des regulären Schulalters nachzuholen scheitert an vielen Hürden (Geld, Zeit, Angebot). Wer den Einstieg ins Lebensbegleitende Lernen verpasst hat, tut sich schwer aus eigener Kraft (denn mit betrieblicher Unterstützung ist bei geringer Qualifikation nicht zu rechnen) neue formale, non formale Kenntnisse zu erwerben.

Auffällig für Österreich ist – und letztlich hemmend für die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung – ein vergleichsweise geringer Anteil an höchstqualifizierten AbsolventInnen der Hochschulen; eine hohe geschlechtsspezifische Segmentierung in Ausbildung und folglich Beschäftigung; zu wenig Kompetenzorientierung in der Anerkennung und Sichtbarmachung von arbeitsrelevantem Wissen.

Eine große Reform des Bildungswesens ist notwendig. Zentrale Eckpunkte dabei sind aus Sicht der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen:

- Umfassende Strategie zum Lebensbegleitenden Lernen
- Schule: Fördern statt Auslesen
- Kompetenzorientierung mit humanistischen Bildungsidealen in Verbindung bringen

Mag.^a Gabriele Schmid

Leiterin der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien

Bildung, Zuwanderung, Eingliederung - Zehn Bemerkungen zu einer komplexen Materie ¹

Statistische Realität

Österreich ist zum Einwanderungsland geworden – nicht freiwillig und nicht selbstbestimmt, sondern durch die faktische Entwicklung.

Österreich ist in den vergangenen Jahrzehnten für Zuwanderer aus dem näheren und weiteren Umland noch attraktiver geworden und viele gesellschaftliche Bereiche benötigen Zuwanderer: als Arbeitskräfte, als Konsumenten, als Schüler oder als Beitragszahler im sozialen Sicherungssystem.

Heterogene Platzierung auf dem Arbeitsmarkt

Wenn es eine weitere übergeordnete Aussage gibt, dann vielleicht die von der Heterogenität der zugewanderten Bevölkerung. Es gibt eben nicht den Ausländer oder die Ausländerin und auch nicht den typischen Zuwanderer sondern viele unterschiedliche Gruppen. Auf der einen Seite qualifizierte und sozial anerkannte Zuwanderer, die im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft verstärkt nach Österreich kommen und hier erwerbstätig sind, aber auch jene, die aus dem EU-Raum kommen und hier studieren oder ihren Lebensabend

verbringen. Und auf der anderen Seite, die große Zahl ausländischer Erwerbspersonen, die im Bereich der Bauwirtschaft, des Tourismus, des Handels und Verkehrs, der sozialen Dienste oder der Metall-, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie tätig sind.

Arbeitsmarktpositionierung bestimmt die strukturelle Integration

In diesem Bereich hat Österreich aber eine besondere Geschichte zu bewältigen. Es hat in den 60er Jahren vornehmlich unqualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich geholt, die bereit waren, in den von den Sozialpartnern geöffneten Arbeitsmärkten zu niedrigen Löhnen zu arbeiten. Den unqualifizierten Arbeitskräften der 60er Jahre folgte der Familiennachzug in den 70er und 80er Jahren und abermals brachte die Zuwanderung unqualifizierte Bevölkerungsgruppen nach Österreich. Das "Erbe der Gastarbeit" wurde von einer Generation zur anderen übergeben und auch heute noch weisen die Angehörigen der zweiten Generation (obwohl sie das österreichische Bildungssystem von Beginn an durchlaufen haben) deutlich schlechtere Bildungs- und Qualifikationsstrukturen auf als die einheimische Bevölkerung.

¹ Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Univ.-Prof. Heinz Fassmann. Die vollständige Präsentation finden Sie auf www.dialog-forum.eu

Pro-aktive Zuwanderungspolitik

Diese langfristige Weitergabe von sozialen Positionen legt einmal mehr nahe, Zuwanderung nicht bloß zu dulden oder die Auswahl alleine den Mechanismen des Arbeitsmarktes zu überantworten, sondern eine pro-aktive und qualifikationsorientierte Migrationspolitik zu entwerfen. Eine solche Politik muss Verfahren festlegen, die auf Basis transparenter Kriterien definieren, wer kommen und bleiben darf. Wenn allgemein verstanden wird, dass eine pro-aktive Migrationspolitik (im Gegensatz zum derzeitigen Zustand) qualifikations- und bedarfsorientiert auswählt und nicht jedem Appell nach billigen Arbeitskräften nachgibt, dann wird auch die häufig geäußerte Befürchtung kleiner, dass vor allem jene zuwandern, die von sozialstaatlichen Leistungen profitieren wollen (und somit den einheimischen Steuerzahlern "auf der Tasche liegen"). Denn qualifizierte, talentierte und motivierte Migrantinnen und Migranten sind nicht am Bezug staatlicher Transfers, sondern an attraktiven Erwerbseinkommen interessiert.

Univ.-Prof. Heinz Fassmann

Dekan der Fakultät für Geowissenschaften, Geographie & Astronomie der Uni Wien

1. Thematische Zuwendung

- Thematische Befassung durch die AK ist begrüßenswert
 - Zuwanderung nach Österreich keine Ausnahme der Zeit, sondern strukturelle Eigenschaft einer alternden Gesellschaft.;
 - Österreich ist zu einem Einwanderungsland geworden, nicht selbst verordnet und anfänglich kaum bemerkt, aber wir sollten diese Veränderung heute zur Kenntnis nehmen.

3. Qualifikationsorientierte Zuwanderung

- Bekenntnis zur qualifikationsorientierten und limitierten Zuwanderung
 - Strukturkonservierender Effekt einer unbegrenzten und „billigen“ Arbeitsmigration;
 - In einem solchen Fall: Kapitalintensität pro Arbeitsplatz sinkt und langfristig auch die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft.

2. Einwanderungsland sucht Einwanderungspolitik

- Entwicklung einer pro-aktiven und zielorientierten Einwanderungspolitik
 - Obergrenzen der Zuwanderung festlegen;
 - ökonomischen Notwendigkeiten und gesellschaftlichen Bewertungen berücksichtigen;
 - Auf „Passgenauigkeit“ achten, das erhöht die Akzeptanz der legalen Zuwanderung.

4. Qualifikation erhöht Wettbewerbsfähigkeit

- Umgekehrt:
 - Qualifizierte Zuwanderer erhöhen die Humankapitalausstattung einer Volkswirtschaft;
 - ermöglichen oder erleichtern eine höhere Intensität von Forschung und Entwicklung und beschleunigen den technischen Fortschritt;
 - Voraussetzung ist aber eine einigermaßen qualifikationsorientierte Beschäftigung der Zugewanderten.

5. Politisches Dilemma: zwischen dequalifizierter Beschäftigung und fehlenden (?) Fachkräften

- **Ruf nach Fachkräften und gleichzeitig dequalifizierte Beschäftigung**
 - **Analyse zeigt Ausmaß der dequalifizierten Beschäftigung (LFS 2006)**
 - Gesamt: 78% qualifikationsadäquat, 15,6% dequalifiziert und 6,5% „überqualifizierte“ Berufstätigkeit;
 - InländerInnen: 14% dequalifiziert, 7% „überqualifizierte“ Beschäftigung.
 - AusländerInnen: Relation umgekehrt; Dequalifikation bei den Zuwanderern aus den neuen Mitgliedstaaten (42%) besonders hoch, bei den traditionellen Gastarbeitern niedrig.

7. Kognitive Dimension – Schlüsselgröße der Integration

- **Theoretische Begründung**
 - **Integrationsbegriff nach Esser**
 - 4 Dimensionen hervorstreichen: eine kognitive, eine strukturelle, eine soziale und eine identifikative Dimension.
 - Die kognitive Dimension erfasst im Wesentlichen Wissen und Bildung, Sprachkompetenz und Fähigkeiten des „Zurechtfindes“ im Zielland.
 - Kognitive Fähigkeiten sind Voraussetzung für strukturelle Platzierung; soziale Interaktion und Identifikation können folgen.

6. Systemwissen senkt Dequalifikation

- **Zusammenhänge**
 - **zwischen der Aufenthaltsdauer und dem Ausmaß an dequalifizierter Beschäftigung ein eindeutiger und signifikanter Zusammenhang (LFS 2006)**
 - Zuwanderer, vor 1980 nach Österreich, sind zu rund 80% qualifikationsadäquat, rund 16% dequalifiziert und rund 6% über der Qualifikation tätig. Abstand zum österreichischen Durchschnitt minimal;
 - Zuwanderer, nach 2000 nach Österreich, sind nur mehr zu zwei Drittel qualifikationsadäquat beschäftigt, aber 30,2% dequalifiziert und Aufsteiger sind so gut wie nicht zu finden.

8. Kritische Reflexion der Bildungsbeteiligung

- **Empirische Befunde (LFS 2006)**
 - **statistisch messbar sind formale Bildungsabschlüsse:**
 - Ex-jugoslawische oder türkische Staatsbürger (Geburtsort nicht Österreich): 45% nur Pflichtschule;
 - Ex-jugoslawische oder türkische Staatsbürger (Geburtsort Österreich): 40% nur Pflichtschule, 11% AHS/BHS und rund 1% Universität
 - Österreicher (im Inland geboren): 14% nur Pflichtschule, 20% AHS/BHS und rund 10% Universität

9. Ursache der geringen Bildungsbeteiligung

- **Hilde Weiss und Anne Unterwurzacher (2007)**
 - **Analyse der Zweiten Generation (in Ö geboren)**
 - „Erben der Gastarbeit“ sind überproportional in HS und Sonderschulen zu finden;
 - Übertritt von der VS in die AHS-Unterstufe bzw. HS werden beeinflusst:
 - dominierender Effekt des sozialen Status;
 - Weniger wichtig sind religiöse Traditionsbindungen oder auch die Rückkehrorientierung;
 - Insgesamt ähnliche Beweggründe wie bei inländischen Familien.
-

10. Bildungspolitik zentral für integrationspolitische Maßnahmen

- **Migrationspolitik ohne integrationspolitische Entwürfe bleibt ein Torso;**
 - Versäumnis der Gastarbeiterpolitik;
 - Bildungsmaßnahmen für die Erste und Zweite Generation:
 - Sprach- und Qualifizierungskurse für Neuzuwanderer und bereits im Land lebende Migranten;
 - vorschulischen Sozialisation in Form eines verpflichtenden Vorschuljahres;
 - Stütz- und Begleitlehrer für Quereinsteiger;
 - Öffentlichkeitsarbeit für mehr Bildung.
-

Arbeitsbedingungen von MigrantInnen und Strategien zu einer verbesserten Integration ¹

Die internationale Zusammensetzung ausländischer Arbeitskräfte am österreichischen Arbeitsmarkt wird seit den neunziger Jahren zunehmend komplexer. Zu den ausländischen Arbeitskräften aus den traditionellen Gastarbeiterregionen in Südeuropa und der Türkei gesellen sich Arbeitskräfte aus den alten und neuen EU-Staaten, hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten, Flüchtlinge und AsylwerberInnen.

Die zunehmende Diversität innerhalb der Gruppe ausländischer Arbeitskräfte drückt sich besonders in der Aufenthaltsdauer und Qualifikationsstruktur sowie in den Beschäftigungsperspektiven am Arbeitsmarkt aus. Während sich hoch qualifizierte Arbeitskräfte tendenziell zeitlich begrenzt in Österreich aufhalten, lassen sich durchwegs schlecht ausgebildete AusländerInnen aus den traditionellen Gastarbeiterregionen dauerhaft in Österreich nieder.

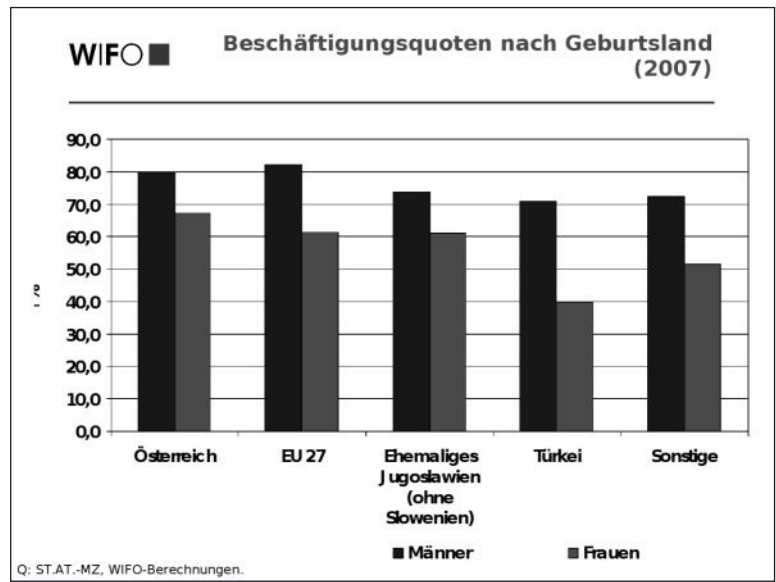
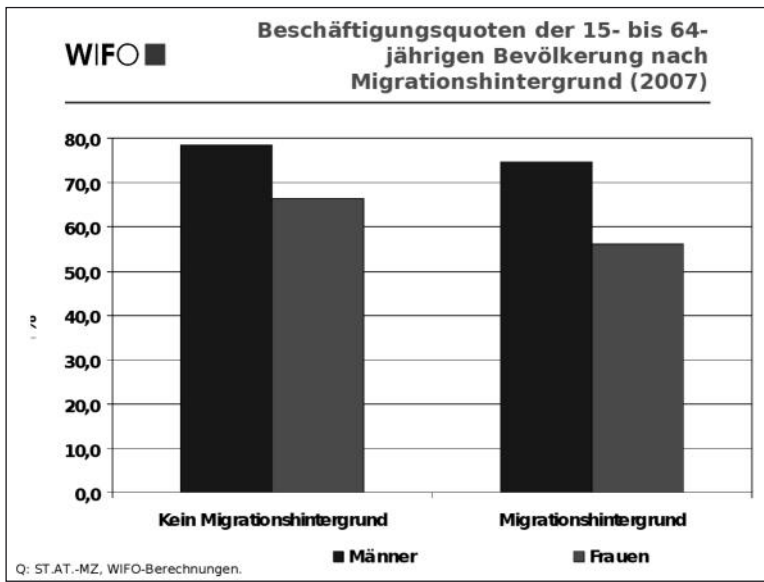
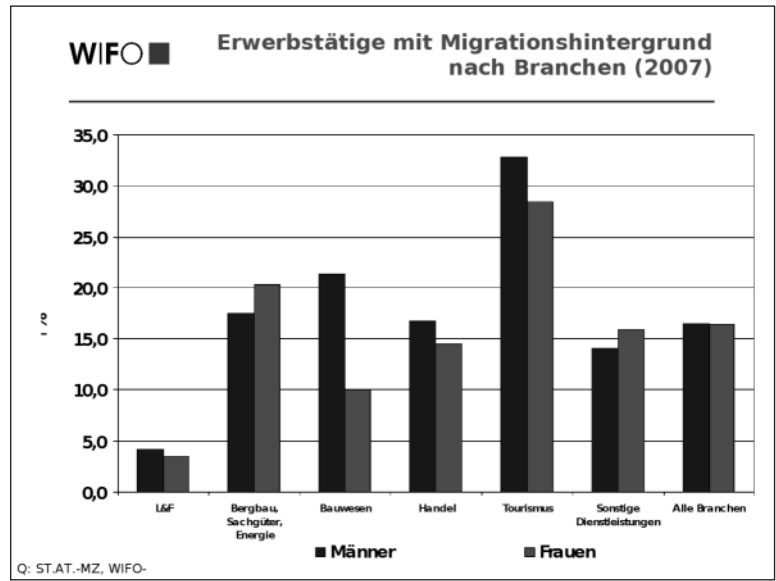
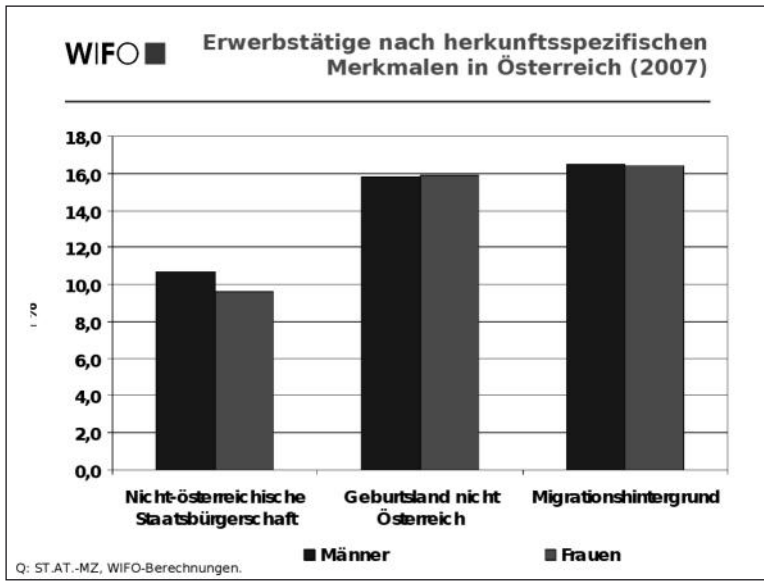
Zur Überwindung der eingeschränkten Beschäftigungsperspektiven infolge von Qualifikationsdefiziten bedarf es daher bildungsspezifischer Maßnahmen, die den gesamten Lebenszyklus umspannen und alle Gruppen von AusländerInnen und MigrantInnen

miteinbeziehen, beginnend mit Maßnahmen zum Abbau sprachlicher Barrieren am Eintritt in das Bildungssystem, begleitenden Maßnahmen während der Bildungsintegration bis hin zu allgemeinen und beruflichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in anschließenden Lebens- und Erwerbsphasen.

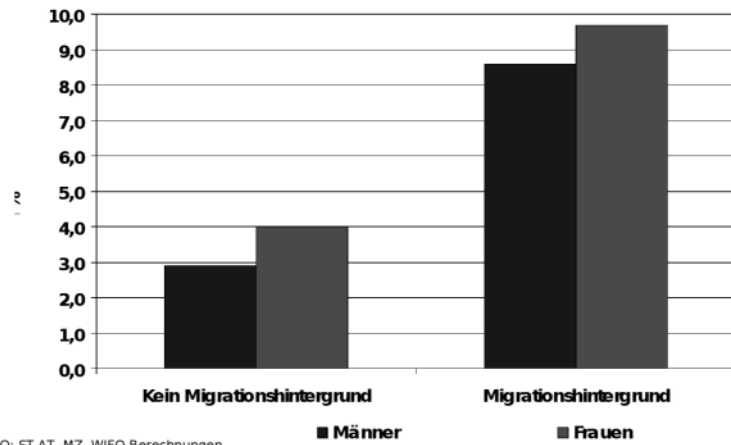
Mag.^a Julia Bock-Schappelwein

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

¹ Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Auswahl einiger Folien der Präsentation von Mag.^a Julia Bock-Schappelwein. Die vollständige Präsentation finden Sie auf www.dialog-forum.eu

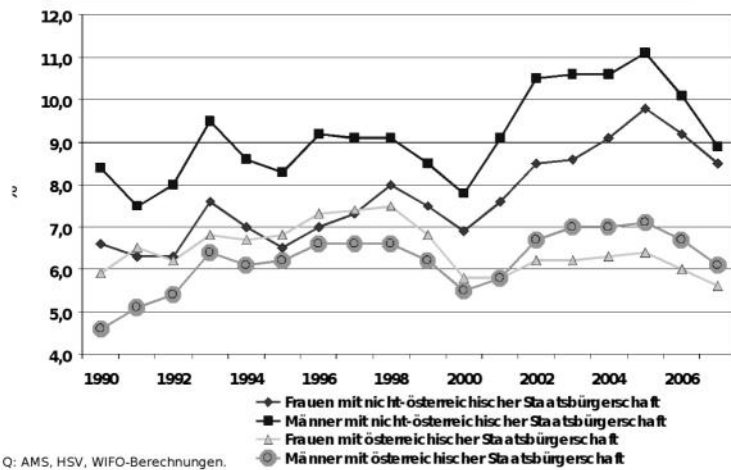


Arbeitslosenquoten nach Migrationshintergrund (2007)



Q: ST-AT-MZ, WIFO-Berechnungen.

Arbeitslosenquoten nach Staatsbürgerschaft und Geschlecht (1990-2007)



Q: AMS, HSV, WIFO-Berechnungen.

Integration, was ist das?

Österreich als Einwanderungsland

Österreich zählt zu jenen EU-Ländern mit dem höchsten Anteil an eingewanderter Bevölkerung und an ArbeitnehmerInnen (AN) mit Einwanderungshintergrund. Während die Beschäftigung in Österreich zwischen 12/2000 und 12/2007 um insgesamt 9,4 Prozent gestiegen ist, hat die Zahl der AN mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft im selben Zeitraum um 40,3 Prozent zugenommen. Wenngleich nach wie vor der Großteil der eingewanderten AN aus den traditionellen Herkunftsländern des exjugoslawischen Raums und aus der Türkei stammen, wächst vor allem der Anteil der AN aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten (Jänner 2008: 70.800 AN) und aus Deutschland (Jänner 2008: 70.500). Damit sind trotz weiterhin gegebener Übergangsfristen absolut und relativ betrachtet deutlich mehr AN aus den neuen Mitgliedsländern nach Österreich gewandert als nach Schweden, das die Zuwanderungsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt aufgehoben hat. In Relation zur Bevölkerungsgröße trifft das auch gegenüber dem Vereinigten Königreich zu; ebenfalls ein Land ohne Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt für BürgerInnen der

neuen Beitrittsländer. Beurteilt nach dem foreign born- bzw nach dem Muttersprachkonzept (Menschen mit Einwanderungshintergrund ungeachtet ihrer aktuellen Staatsbürgerschaft), wird der Einwanderungslandcharakter Österreichs noch deutlicher: in Ballungszentren wie Wien haben bereits rund die Hälfte der PflichtschülerInnen Einwanderungshintergrund; in manchen Wiener Wohnbezirken haben auch rund ein Drittel bis fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung Einwanderungshintergrund (zum Beispiel Rudolfsheim, Brigittenau, Leopoldstadt, Ottakring ua). Nach dem foreign born - Konzept hat Österreich mit einem Einwanderungsanteil an der Gesamtbevölkerung von bundesweit 15 bis 16 Prozent einen höheren Einwanderungsanteil als das klassische Einwanderungsland USA. Die Frage der Integration ist daher zu einer der zentralen Fragen der Gesellschaft geworden.

Integration – was ist das?

Neben Demokratie und Rechtsstaat ist vor allem das Sozialstaatsprinzip mE das konstitutive Element für die

überdurchschnittliche Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt der österreichischen Gesellschaft. Integration ist daher jedenfalls daran zu messen, ob und in welchem Grad EinwanderInnen an diesen beiden Grundpfeilern der österreichischen Gesellschaft teilhaben und stellt gleichzeitig angesichts des hohen und weiter wachsenden Einwanderungsanteils auch die Voraussetzung für deren künftiges Funktionieren dar. Die Situation der EinwanderInnen ist dabei in vielerlei Hinsicht deckungsgleich mit jener von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen ohne Einwanderungshintergrund. Verbesserungsmaßnahmen müssen sich daher selbstverständlich an alle betroffenen Gruppen ungeachtet ihrer Herkunft wenden, wenn das Ziel der Integration als Ausdruck und Bedingung sozialer Kohäsion erreicht werden soll.

Zentrale und im Prinzip auch messbare Elemente von Integration sind daher mE:

1. Zugang zu Bildung und Weiterbildung.
2. Inklusion in den Arbeitsmarkt.
3. Wohnen.
4. Teilhabe am politischen und kulturellen Leben.

Von gelingender Integration kann mE dann gesprochen werden, wenn sich die realisierten Chancen der EinwanderInnen zunehmend auf einem angemessenen Standard in diesen Bereichen an die Situation der Bevölkerung ohne Einwanderungshintergrund angleicht. Gleichzeitig müssen diese Standards aber für die Gesamtbevölkerung auf hohem Niveau hergestellt werden, weil eine - und sei es auch einigermaßen gleichmäßige - zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungshintergrund - Verteilung von Mangel in der Regel nicht für soziale Kohäsion sorgen kann.

Zu 1. Zugang zu Bildung und Weiterbildung:

Der aktuelle Befund zeigt, dass EinwanderInnen in Sonder- und Grundschule über-, in höheren Schulen dagegen unterrepräsentiert sind. Damit ist hier ein beträchtliches Integrationsdefizit gegeben, das

– wenn es nicht beseitigt wird – zu negativen Prognosen auch für die anderen Bereiche führt: Ohne gute Ausbildung fehlt die zentrale Voraussetzung für eine umfassende Inklusion in den Arbeitsmarkt und den Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum ebenso, wie es auch die Chancen auf angemessene Teilhabe am politischen und kulturellen Leben zumindest verringert.

Ansatzpunkte zur Verbesserung der Situation:

Förderung vorschulischer Ausbildung, Herstellen multikulturell-orientierter Curricula in Schulen und systematische Weiterbildung und Unterstützung der LehrerInnen, Anerkennung und Sichtbarmachen mitgebrachter und faktisch erworbener Qualifikationen (z.B. nach dem Bildungsrahmenmuster im UK), Ausbau der betrieblichen und institutionellen berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten (z.B. über schulische Einrichtungen, die mehr für berufsbegleitende Weiterbildung leisten müssen!).

Zu 2. Inklusion in den Arbeitsmarkt:

Von Inklusion und damit erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt kann nur gesprochen werden, wenn niedriges Arbeitslosigkeitsrisiko und proportionaler Zugang zu qualitativ hochwertigen und gutbezahlten Arbeitsplätzen gleichermaßen wie für AN ohne Einwanderungshintergrund gegeben sind; für alle Gruppen auf möglichst hohem Niveau. Andernfalls kommt es zu dauerhafter Unterschichtung, die zur Verfestigung von Benachteiligungsgefühlen auf der einen und von Angst vor Lohn- und Sozialdumping auf der anderen Seite führen; beides eine ständige Bedrohung des sozialen Zusammenhalts. Tatsächlich aber tragen EinwanderInnen, insbesondere Angehörige der Zweiten Generation (!), ein überdurchschnittlich hohes Arbeitslosigkeitsrisiko, sind sie auf Arbeitsplätze mit niedrigem Einkommen aber hoher gesundheitlicher Belastung konzentriert und liegen ihre Verdienste auch bei vergleichbaren Arbeitsstellen (soweit die Datenlage Vergleiche zulässt) um 10 bis 25 Prozent unter jenen österreichischer StaatsbürgerInnen (ohne Sonderstudie nur nach Staatsbürgerschaftskonzept überprüfbar).

Ansatzpunkte zur Verbesserung der Situation:

Massiver und nachhaltiger Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik unter ausdrücklicher Adressierung von Gruppen mit sprachlichen und ausbildungsbezogenen Defiziten. Die Arbeitsmarktpolitik muss – anders als derzeit noch – die Herstellung und laufende Aktualisierung von (auch) qualifikatorischer Beschäftigungsfähigkeit ausdrücklich als eines ihrer Hauptziele anerkennen und im Zielsystem des AMS ebenso wie in dessen Budgetausstattung abbilden. EinwanderInnen wären dadurch angesichts der gegebenen Arbeitsmarktstruktur in den Ballungsgebieten überproportional erfasst. Aber auch andere ähnlich benachteiligte Gruppen zählen zum Begünstigtenkreis (sozialer Zusammenhalt!). Auf betrieblicher und institutioneller Ebene sind die Grundsätze des Diversitätsansatzes zu verankern. Europäische Best-Practise-Betriebsvereinbarungen zeigen zB Maßnahmen wie: gerechte Entlohnung auf Basis faktischer Qualifikationen (wenn z.B. nachweislich vorhanden, aber nicht nostrifiziert; das verhindert auch Lohndumping) oder „Chancengleichstellungspläne“: z.B. durch systematische Abweichungsanalysen werden innerbetrieblich benachteiligte Gruppe (z.B. Frauen, Menschen mit Handicaps oder eben EinwanderInnen) identifiziert und durch Förderansätze forciert. Gesetzlich wirksame Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, weil EinwanderInnen Hauptzielgruppen, wenn auch keineswegs die einzigen!, für SchwarzunternehmerInnen sind.

Zu 3. Wohnen:

EinwanderInnen sind den verfügbaren Daten zufolge bei Zugang zu und Besitz von qualitativ hochwertigem Wohnraum im Nachteil. Anders als in anderen Ländern ist jedoch die räumliche Segregation in Österreich (noch) geringer. Wenngleich es auch Stimmen gibt, die bestimmte Vorzüge der räumlichen Segregation betonen (räumliche Netzwerkbildung), zeigen drastische Beispiele wie z.B. London oder Paris, dass großflächige Segregation zu Ghettobildung mit einer Reduktion von Chancen führt: Netzwerke der Armut oder zumindest die nachhaltige Ausgrenzung von wichtigen Teilen sozialer Teilhabe werden begünstigt, das Gelingen von Integration dadurch massiv behindert.

Zu 4. Teilhabe am politischen und kulturellen Leben:

Während die Punkte 1 bis 3 zentrale Elemente des Sozialstaats oder des Zugangs zu diesem ansprechen, ist das für das Gelingen von Integration ebenfalls wesentliche Demokratieelement nur zu erreichen, wenn auch eine angemessene Teilhabe am politisch-kulturellen Leben erfolgt. Das kommunale Wahlrecht auch für NichtstaatsbürgerInnen, die seit einer Mindestdauer niedergelassen sind, spielt dabei eine zentrale Rolle. Einerseits kann auf kommunaler Ebene ein sehr konkreter Bezug zum eigenen Leben und andererseits kann auch eine Überleitung von politischer zu kultureller Einbindung z.B. über Vereine und Gemeinwesenarbeit hergestellt werden; erfahrungsgemäß Bereiche mit besonders starker sozialer (Ein-)Bindungsfähigkeit und somit wichtiger Erfolgsfaktor für Integration.

Josef Wallner

Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt der AK Wien

